



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

ŁÓDŹ

2022

**Neunundzwanzigstes
Treffen des Ministerrats
1. und 2. Dezember 2022**

**Erklärungen des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des
Präsidenten von Polen und der Delegationen**

Berichte an den Ministerrat

Łódź 2022

2 December 2022

GERMAN
Original: ENGLISH

Hinweis: Personenbezeichnungen, die in diesem Dokument aus Gründen der Lesbarkeit nur in der männlichen Form wiedergegeben sind, umfassen Personen jeden Geschlechts.

MC29GW30

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I.	ERKLÄRUNGEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE, DES PRÄSIDENTEN VON POLEN UND DER DELEGATIONEN	
	Eröffnungserklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE.....	3
	Erklärung des Präsidenten von Polen	9
	Erklärung der Delegation der Tschechischen Republik.....	14
	Erklärung der Delegation Bulgariens.....	16
	Erklärung der Delegation Kroatiens (auch im Namen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika)	18
	Erklärung des Vertreters der Europäischen Union	21
	Erklärung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika	24
	Erklärung der Delegation Rumäniens (auch im Namen von Albanien, Andorra, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, der Schweiz, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern)	26
	Erklärung der Delegation der Russischen Föderation	29
	Erklärung der Delegation Kanadas (auch im Namen von Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, der Slowakei, der Tschechischen Republik, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika)	31
	Erklärung der Delegation der Russischen Föderation (auch im Namen von Belarus)	35
	Erklärung der Delegation Kanadas	37
	Erklärung der Delegation der Russischen Föderation	39
	Erklärung der OSZE-Troika	40
	Schlusserklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE	43

II. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

Bericht der Generalsekretärin an das
neunundzwanzigste Treffen des Ministerrats der OSZE49

Schreiben des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation an den
Minister für auswärtige Angelegenheiten von Polen und
Vorsitzenden des neunundzwanzigsten Treffens des Ministerrats der OSZE54

**I. ERKLÄRUNGEN DES AMTIERENDEN
VORSITZENDEN DER OSZE, DES PRÄSIDENTEN
VON POLEN UND DER DELEGATIONEN**

ERÖFFNUNGSERKLÄRUNG DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE

(MC.DEL/1/22 vom 1. Dezember 2022)

Sehr geehrter Herr Präsident Duda,
sehr geehrte Frau Präsidentin Cederfelt,
verehrte Ministerinnen und Minister,
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,
Exzellenzen,
sehr geehrten Damen und Herren,

in dem Moment, als Russland seinen militärischen Angriff gegen die Ukraine startete, verschwand auch unser Gefühl der Sicherheit.

Aber ich bin zuversichtlich, dass dieser schreckliche Riss in der Struktur unserer Zusammenarbeit, das schmerzhaftes Loch, das in unser Vertrauen gerissen wurde, repariert werden kann.

Wir durchleben eine Zeit der Prüfung.

Die hart erkämpfte Welt des Multilateralismus wurde durch einseitige Entscheidungen und Taten, die sich gegen den multilateralen Rahmen richteten, den wir jahrzehntlang gestaltet und gestärkt hatten, mit Füßen getreten.

Diese Entscheidungen stellten die uns vertraute Welt infrage:

- eine Welt mit ihren sorgfältig ausgearbeiteten und miteinander verknüpften Verträgen
- und mit einer Fülle an geschickt formuliertem internationalem Recht, das unsere höchsten Bestrebungen für ein respektvolles, friedliches Zusammenleben innerhalb und außerhalb der OSZE kodifiziert und beschreibt.

Seit dem 24. Februar werden die internationale Gemeinschaft und ihre institutionellen Netzwerke fortwährend auf die Probe gestellt.

Auf die Probe gestellt durch ein aggressives Russland, unterstützt von einem autokratischen, unterwürfigen Regime in Minsk. Ein Russland, das eine unbesonnene Politik des Primats der Macht dem Frieden für sein eigenes Volk vorzieht.

Diese Strategie scheint gescheitert zu sein, und das muss sie natürlich auch.

Die internationale Gemeinschaft hat diese Probe bestanden.

Die Abstimmungsergebnisse in der Generalversammlung der Vereinten Nationen sind ein Beweis für dieses Scheitern, ebenso wie die Beschlüsse des Menschenrechtsrates, des Europarates, mehrerer anderer Institutionen und – als jüngstes Beispiel – die Abstimmung im Europäischen Parlament.

Und so müssen wir uns bei der Arbeit in und für die OSZE von unserem Kompass und den Leitsternen leiten lassen, die uns gute Dienste geleistet haben – den Dokumenten von Helsinki, Paris und der Folgetreffen –, um unsere Orientierung zu bewahren und nicht den Weg ins Chaos einzuschlagen.

Unsere Antwort auf eine derartige Missachtung unserer Verhaltensregeln muss unmittelbar, entschlossen, laut und deutlich sein, und sie ist es auch.

Angesichts einer noch nie dagewesenen Krise haben ich und mein Vorsitzteam die Verantwortung übernommen, die Prinzipien der OSZE zu verteidigen und ihre Errungenschaften zu schützen, nämlich ihre Institutionen, Aktivitäten, Projekte und – nicht zuletzt – ihre Erfolge.

Ich hätte keinen anderen Kurs wählen können.

Wir waren und sind vom Geist der Schlussakte von Helsinki geleitet.

Unsere Initiative für einen erneuerten europäischen Sicherheitsdialog war von diesem weisen Geiste geprägt und beeinflusst.

Doch die Kluft zwischen unseren Bestrebungen und dem tatsächlichen Stand der Dinge wuchs und erreichte aufgrund der imperialen Ambitionen der russischen Führung einen Punkt, an dem es kein Zurück mehr gab.

Diese Ambitionen ließen keinen Spielraum für Verhandlungen.

Der russische Plan war der Rückfall in den Krieg. Und dieser Plan wurde umgesetzt.

Dann, als Russlands Blitzkrieg scheiterte, wurde seine Aggression zunehmend brutaler, grausamer und unmenschlicher und führte tragischerweise, aber unweigerlich, zu Kriegsverbrechen.

Es ist unsere rechtliche, aber auch moralische Verpflichtung, sowohl die Täter als auch die Entscheidungsträger zur Rechenschaft zu ziehen.

Die OSZE-Führung hat mit Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmerstaaten verantwortungsbewusst und besonnen auf diese Herausforderung reagiert und sich für die Verteidigung unserer Werte, unserer Prinzipien und der Organisation selbst eingesetzt.

Es ist unser Verdienst, dass wir gemeinsam unsere Komfortzone verlassen haben, getrieben von der Notwendigkeit, die Menschheit zu schützen.

Die OSZE ist keine Organisation für Kriegszeiten.

Ganzheitliche Ansätze wie das umfassende Sicherheitskonzept und Ideen wie Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung müssen auf Eis gelegt werden, wenn die Grundprinzipien, auf denen diese Aktivitäten beruhen, durch einen Angriffskrieg existenziell bedroht sind.

Und natürlich ist eine auf Konsens basierende Entscheidungsfindung leider nur in Zeiten des Friedens möglich.

Unsere Reaktion auf die russische Entscheidung zur Gewalt beruht auf einigen einfachen Überlegungen:

- Erstens kann die von einem Vorsitz erwartete Vermittlerrolle nur dann ehrlich ausgeübt werden, wenn sie von den eigenen Prinzipien geprägt ist. Dies bedeutet, dass ein Gewalttäter und seine Opfer nicht gleich behandelt werden können.
- Zweitens ist der Gedanke abzulehnen, es sei besser, gar nicht zu handeln, weil zu handeln ein Risiko für den Vorsitz oder die Organisation darstellen könnte. Die Notwendigkeit, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu handeln, ist nur allzu offensichtlich, wie oft auch haltlose Anschuldigungen der Voreingenommenheit und der Nichteinhaltung von Verfahren erhoben werden.
- Drittens wählten wir den Ansatz, dass es kein „business as usual“ geben könne, um sicherzustellen, dass die OSZE ihre gesamte Aufmerksamkeit auf diese anspruchsvollste Sicherheitsherausforderung seit Jahrzehnten konzentriert. Aber auch, um innezuhalten und so viel wie möglich von den anderen Aktivitäten der OSZE zu bewahren, zum Nutzen ihrer Handlungsträger und der Organisation selbst.

Man könnte sagen, dass es der OSZE nicht gelungen ist, diesen Krieg zu verhindern. Und vielleicht hätte sie es besser machen können.

Doch die allmähliche Erosion der Einhaltung der Rüstungskontrollvorschriften und die immer weniger aufrichtige Teilhabe an der Vertrauensbildung reicht schon mindestens zehn Jahre zurück.

Es war ein einzelner Teilnehmerstaat, der die der OSZE zur Verfügung stehenden Instrumente in der Ukraine langsam aushöhlte, indem er ihre Arbeitsmethoden demontierte und ihre Präsenz vor Ort in Frage stellte.

Viele haben im Versuch, den Krieg zu verhindern, Signale ausgesendet. Einige schon lange im Voraus, viele andere, als die Kriegsgefahr zunahm.

Und allen wurde von einer einzigen Partei eine Abfuhr erteilt. Nachdem es der Aggressor so beschlossen hatte, konnte der Krieg nicht mehr gestoppt werden.

Man könnte auch versucht sein zu behaupten, dass es dem Vorsitz nicht gelungen ist, einen Konsens über die OSZE-Agenden, die Verabschiedung eines Haushaltsplans oder die Ernennung des Vorsitzes für 2024 zu erzielen, um nur einige ungelöste Fragen zu nennen. Wenn Sie versucht sind, so zu denken, möchte ich Sie bitten, einen Moment innezuhalten und zu überlegen, welche Art von Konsens denn überhaupt vorstellbar wäre.

Ein Konsens, der die Existenz eines gewalttätigen Kriegsherrn am Verhandlungstisch ignoriert?

Ein Konsens, der die von Anfang an vereinbarten und in den Gründungsdokumenten der OSZE verankerten Prinzipien untergräbt?

Meine Antwort darauf, unsere Antwort darauf, lautet: Nein.

Nein, wir werden bei den Dingen, die wir für wichtig halten, keine Kompromisse eingehen, um eine betrügerische, oberflächliche Einigung mit denjenigen zu erzielen, die nicht nach Treu und Glauben verhandeln.

Vielmehr haben wir den Mut und die Entschlossenheit, die grundlegenden Prinzipien der OSZE zu verteidigen. Und wir haben die stille Kraft, standhaft zu sein und an dieser Entscheidung festzuhalten.

Wir haben oft unsere Ansicht zum Ausdruck gebracht, dass die OSZE so stark ist, wie die Teilnehmerstaaten es wünschen und zulassen.

Es scheint, dass Russland sich entschieden hat, seine politischen Positionen dadurch zu vertreten, dass es die von Clausewitz vertretene Formel aus dem neunzehnten Jahrhundert direkt auf das einundzwanzigste Jahrhundert anwendet.

Unter mutwillig und gefährlicher Missachtung der Schrecken zweier Weltkriege setzt es sich hemmungslos über die sorgfältig entwickelten Regeln für ein friedliches Zusammenleben, auf die man sich im zwanzigsten Jahrhundert geeinigt hat, hinweg.

In diesem Zusammenhang erstaunen einige der Anschuldigungen, die gegen die Leitung der OSZE durch Polen im Jahr 2022 erhoben werden.

Ich würde sogar sagen, dass es empörend ist, wenn Russland den Vorsitz beschuldigt, „die OSZE in den Abgrund zu stoßen“, „ihre Grundlagen zu zerstören“ und ihre Verfahrensregeln zu verletzen.

Anstelle von Desinformation und pseudophilosophischen Ausführungen möchte ich Ihnen einige Fakten nennen:

- Es war Russland, das im Februar den erneuerten europäischen Sicherheitsdialog ablehnte.
- Es war Russland, das im März die Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine ablehnte.
- Es war Russland, das im Mai den Konsens über die Abhaltung des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension blockierte.
- Es war Russland, das im Juni die Verlängerung des Mandats des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine ablehnte.
- Es war Russland, das die Ernennung des Vorsitizes für 2024 blockierte, ohne irgendeinen Grund zu nennen, warum Estland ein inakzeptabler Kandidat sein könnte.
- Und schließlich hat Russland in diesem Jahr durchgehend die Verabschiedung des OSZE-Haushalts blockiert.

Was wird noch von Russland blockiert werden?

Ich möchte mit Verlaub nahelegen, dass nicht Polen die Abrissbirne ist, die wahllos durch die Säle der OSZE schwingt.

Wir übergeben die Führung einer OSZE, die sich in einem völlig anderen Zustand befindet als am 1. Januar, als sie an uns übergeben wurde.

Hier geht es nicht um die Führungsphilosophie oder die Prioritäten der Organisation, sondern um die Versuche Russlands, die OSZE in Geiselnhaft zu nehmen.

Ich möchte klar und deutlich sagen: Wir unterstützen langfristig keine OSZE, die in dem Notstandsmodus betrieben wird, den wir 2022 einführen mussten.

Aber es ist klar, dass es keine Rückkehr zum „business as it was“ geben kann.

Und die Notwendigkeit, dass sich die Organisation in erster Linie auf den Krieg in der Ukraine konzentriert, solange diese entsetzliche Tragödie andauert, ist für uns ebenfalls nicht verhandelbar.

Eine kleine Genugtuung und vielleicht auch ein kleiner Hoffnungsschimmer sind für mich die von Polen geleiteten OSZE-Gespräche, bei denen die Staaten immer wieder ihr Bekenntnis zu dem Grundsatz bekräftigt haben, dass wir unsere internationalen Beziehungen ohne die Androhung oder Anwendung von Gewalt gestalten müssen.

Die OSZE ist nach wie vor ein wirksames und notwendiges, wenn auch derzeit eingeschränkt funktionsfähiges Forum. Ich glaube, dass sie in Zukunft wieder eine umfassende und wichtige Institution zur Unterstützung des friedlichen Zusammenlebens werden kann.

Leider scheint dies eine eher ferne Perspektive zu sein.

Das Vertrauen wurde völlig zerstört. Umso wichtiger ist es für alle Teilnehmerstaaten, auf der Grundlage klarer Prämissen das Vertrauen wieder aufzubauen. Ganz gleich, wie lange das dauert.

Welche Strategien und Arbeitsprogramme wir auch immer für eine OSZE der Zukunft entwerfen werden, sie müssen alle einen Bezug zu unseren Grundprinzipien aufweisen.

Ich entschuldige mich nicht dafür, dass ich diese nun vor einem Publikum wiederhole, das sie ohnehin gut kennt. Es sind dies Sicherheit und Zusammenarbeit.

Wir dürfen nicht müde werden, das zu wiederholen.

Unsere Sicherheit und Zusammenarbeit beruhen auf Prinzipien, auf die wir uns alle geeinigt haben.

Wir, die Gemeinschaft der Teilnehmerstaaten der OSZE, sind die Hüter dieser universellen Werte, der allgemein anerkannten Verhaltensregeln und der entschiedenen Ablehnung der Vorstellung des „Recht des Stärkeren“.

Ich bitte Sie alle, sich mir in meiner Entschlossenheit anzuschließen, der Verantwortung gerecht zu werden, die wir alle gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern haben: nämlich eine treibende Kraft für Frieden und Wohlstand zu sein und die Menschenrechte zu verteidigen.

Eine treibende Kraft, die entschlossen ist, alles zu tun, um ein zivilisiertes, friedliches Zusammenleben zu gewährleisten, bei dem Gewalt nicht an die Stelle von Recht und Gesetz treten kann.

Wenn wir an unseren Werten festhalten und unsere Entschlossenheit bekräftigen, uns aktiv für den Frieden einzusetzen, dann weiß ich, dass wir uns durchsetzen können.

Und ich weiß, dass der OSZE ein Platz bei der Bewahrung und Erhaltung dieses zukünftigen Friedens zukommen wird.

Danke.

ERKLÄRUNG DES PRÄSIDENTEN VON POLEN

(MC.DEL/16/22 vom 2. Dezember 2022)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrter Herr Minister und Vorsitzender der heutigen Sitzung,
sehr geehrte Ministerinnen und Minister, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der
OSZE-Teilnehmerstaaten,

vielen Dank für Ihre Einladung und vielen Dank auch an Minister Zbigniew Rau für
sein Engagement während des einjährigen polnischen Vorsitzes der Organisation für
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der nun zu Ende geht. Ich weiß sehr gut, wie
schwierig und anstrengend diese Zeit war und immer noch ist. Gestatten Sie, Herr Minister,
dass ich über Sie auch allen anderen, die an der Erfüllung dieser enorm wichtigen Aufgabe
beteiligt waren, meinen Dank ausspreche.

Ich bedaure, dass die intensiven Bemühungen, die unternommen wurden, um die
russische Aggression gegen die Ukraine zu verhindern, nicht das erhoffte Ergebnis gebracht
haben. Im Nachhinein wissen wir nun, dass die Entscheidung, in die Ukraine – einen freien,
souveränen, unabhängigen Staat – einzumarschieren, im Kreml in Moskau getroffen wurde
und dass wir als OSZE-Gemeinschaft, als internationale Gemeinschaft, keinerlei Möglichkeit
hatten, diese Entscheidung zu beeinflussen.

Meine Damen und Herren,

die brutale Aggression Russlands gegen die Ukraine hat den polnischen OSZE-Vor-
sitz dominiert und alle anderen Ziele, die wir uns zu Beginn gesetzt haben, in den Hinter-
grund gedrängt. Es ist das erste Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs, dass wir leider eine
derart eklatante kriegerische Verletzung derjenigen Grundsätze miterleben, zu denen wir uns
alle freiwillig verpflichtet hatten, um einen weiteren Krieg in Europa zu verhindern.

Die Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die seit den 1970er
Jahren ausgerichtet wurden, sollten uns Europäern und unseren Partnern in der Region die
Möglichkeit geben, einen Dialog über Sicherheit, Frieden und Menschenrechte zu führen.

In den 1990er Jahren beschlossen wir gemeinsam auf der Grundlage der gemein-
schaftlich entwickelten Prinzipien der KSZE, diese Dialogplattform zu institutionalisieren
und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu gründen, die sie
ersetzen sollte.

Ich möchte hervorheben, dass es damals ein gemeinsamer Beschluss aller Staaten
war, die an den Konferenzen teilgenommen hatten. Gemeinsam haben wir die Prinzipien der
souveränen Gleichheit der Staaten, der Enthaltung von der Anwendung von Gewalt, der
Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der friedlichen Beilegung aller Streitigkeiten
entwickelt. Die Ideen, die unseren Dialog und unser Handeln in unserer Region leiten sollten,
sind Frieden, Gleichheit und Zusammenarbeit. Heute müssen wir ganz klar sehen, dass
bedauerlicherweise einer der Teilnehmerstaaten, nämlich Russland, alle diese Prinzipien
brutal verletzt hat. Und es besteht kein Zweifel daran, dass es sich dabei um einen

kriminellen Staat handelt, mit dessen Politik man nicht einverstanden sein kann – und ich betone: nicht einverstanden sein *kann* – und der in keiner Weise glaubwürdig ist.

Obwohl seit dem Beginn der russischen Aggression zehn Monate vergangen sind, überwältigen mich nach wie vor Wut und Entsetzen, wenn ich heute an diese Prinzipien denke und mir gleichzeitig vor Augen führe, was sich, während wir hier miteinander sprechen, in der Ukraine abspielt. Ich beziehe mich dabei auf die geplante und konsequente Zerstörung kritischer ziviler Infrastruktur durch die russische Armee, mit der eine humanitäre Katastrophe herbeigeführt werden soll.

Mir ist bewusst, dass sich die Welt und wir alle uns nach den russischen Verbrechen in Irpin und Butscha, nach dem ersten Schock, den die Informationen über diese abscheulichen Ereignisse ausgelöst haben, leider an diese Art von Nachrichten zu gewöhnen beginnen. Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht zulassen, dass so ein Gewöhnungseffekt eintritt, weder bei uns noch bei anderen. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen. Wir können nicht einfach über die planmäßige Ermordung von Zivilpersonen oder die Entführung ukrainischer Kinder, die anschließend weit nach Russland hinein verschleppt werden, hinwegsehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass irgendein Staat auf der Welt mit solchen Mitteln Bevölkerungspolitik betreibt. Denn in Wahrheit dient die Entführung von Kindern dem Ziel, die demographische Situation in Russland zu verbessern und Russland vor einem zukünftigen demografischen Desaster zu bewahren. Dem Ziel, diese Kinder zu russifizieren, also zu zukünftigen Russinnen und Russen umzuformen. Wir kennen das auch aus unserer eigenen Geschichte. So geht Russland schon seit Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten, mit anderen Völkern um.

Wenn wir anfangen, die russischen Gräueltaten als etwas Normales abzutun, so befürchte ich, dass damit die Idee des „Russki Mir“ obsiegen wird, und das bedeutet Brutalität, Aggression, Krieg, Armut und Tod – mit anderen Worten den Sieg der Antiwerte, die wir durch unsere Zusammenarbeit zu bekämpfen vereinbart haben, um ein Europa und eine Welt aufzubauen, wo die Freiheit des Einzelnen und das menschliche Leben geachtet werden, wo alles getan wird, um sicherzustellen, dass die Menschen unter bestmöglichen, menschenwürdigen Bedingungen leben, und wo alle Probleme auf dem Verhandlungsweg und ohne Gewaltanwendung gelöst werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
geschätzte Delegierte,

die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat seit 2014 eine Reihe von Initiativen ergriffen, um der fortschreitenden russischen Aggression gegen die Ukraine Einhalt zu gebieten. Bemühungen zu diesem Zweck wurden vom OSZE-Projekt-koordinator in der Ukraine angestellt, der seine Tätigkeit mit seinem Team in den 1990er Jahren aufgenommen hat, sowie von der 2014 eingerichteten Sonderbeobachtermission.

Seit acht Jahren beobachten nun zivile, internationale, unbewaffnete Beobacherteams die Lage vor Ort und liefern uns relativ objektive und zuverlässige Informationen über die Situation, unter anderem im Donbass, wo die russische Besetzung bereit seit 2014 andauert.

In meiner Amtszeit als Präsident seit 2015 habe ich Gelegenheit gehabt, die in die Ukraine entsandten OSZE-Beobachterinnen und -Beobachter persönlich zu treffen. Leider standen diese Menschen, die dort ihre Beobachtungsfunktion wahrnahmen, den russischen

Aktionen zur Verhinderung der Arbeit des OSZE-Personals ohnmächtig gegenüber. Das habe ich während unseres Treffens von ihnen gehört, und ich habe diese Ohnmacht auch in ihren Augen gesehen.

Darüber hinaus beschloss die Russische Föderation kurz vor Beginn der groß angelegten Invasion, den Konsens über die Verlängerung des Mandats der Mission infrage zu stellen, was schließlich zu deren Beendigung führte. Heute können wir ohne jeden Zweifel feststellen, dass die Absichten Russlands in diesem Zusammenhang von Anfang an unredlich waren. Das Vorgehen Russlands diene lediglich als Vorwand für die Vorbereitung des bewaffneten Angriffs, den wir jetzt erleben.

Leider ist die Ukraine nicht die einzige Region, in der Russland eine Politik verfolgt, die den elementarsten Grundsätzen der OSZE zuwiderläuft.

Mit großer Sorge verfolgen wir das die innere Stabilität und Sicherheit der Republik Moldau bedrohende Vorgehen Russlands, mit dem es auf die souveräne Entscheidung dieses Landes reagiert, den Weg in Richtung Integration in die Europäische Union einzuschlagen. Es ist mit den Zielen und Werten der OSZE unvereinbar, dass mit der Unterstützung und dem Schutz russischer Truppen der eingefrorene Konflikt in Transnistrien aufrechterhalten wird, wo seit über 30 Jahren eine Zone der Gesetzlosigkeit, Korruption und Kriminalität in Form der so genannten Pridnestrowischen Moldauischen Republik existiert, bei der es sich um eine künstliche Entität handelt, die in Wirklichkeit von Russland geschaffen wurde.

Eine ähnlich destruktive Rolle spielt Russland auf dem Balkan, wo es versucht, seine frühere Einflussphäre wieder aufzubauen. Von Moskau unterstützte separatistische Bestrebungen in der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina könnten zu einem Wiederaufleben des Konflikts in einer Region führen, die erst vor kurzem damit begonnen hat, die Folgen eines jahrelangen blutigen Krieges zu überwinden, nicht zuletzt auch dank der Bemühungen der OSZE. In diesem Zusammenhang sei auch an das Beispiel Montenegros erinnert, wo Russland, um den Beitritt des Landes zum Nordatlantischen Bündnis zu verhindern, sogar den Versuch unternommen hat, einen Staatsstreich zu organisieren. Uns allen sind diese Ereignisse in lebhafter Erinnerung.

Meine Damen und Herren,

die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass unsere Aktivitäten im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nur dann von Nutzen sind, wenn die beteiligten Parteien bereit sind, die Situation auf der Grundlage der unumstößlichen Prinzipien der Souveränität und des friedlichen Dialogs zu verbessern. So wurden durch das Engagement der OSZE in vielen Bereichen in verschiedenen Ländern Reformen auf den Weg gebracht: von der Sicherheit bis zum Justizwesen, insbesondere im postsowjetischen Raum und auf dem Balkan.

Der Krieg gegen die Ukraine hingegen hat bewiesen, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht in der Lage ist, Frieden zu gewährleisten, wenn ihre Aktionen von innen heraus durch einen Aggressor sabotiert werden, der die vereinbarten Prinzipien, an die wir uns halten, nicht achtet.

Im letzten Jahr, in dem Polen den Vorsitz innehatte, haben wir versucht, mit Hilfe aller möglichen OSZE-Mechanismen eine Lösung für die von Moskau ausgelöste

Sicherheitskrise zu finden. Leider sind die Möglichkeiten der Organisation im politischen und militärischen Bereich jedoch unzureichend. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Die Möglichkeiten der OSZE beruhen auf dem guten Willen und der Zusammenarbeit der Kriegsparteien.

Wenn ein Konflikt durch das aggressive Vorgehen eines Teilnehmerstaates ausgelöst wird, ist die Organisation offensichtlich nicht in der Lage, eine friedliche Einigung zu erzielen.

Meine Damen und Herren,

die russische Invasion in der Ukraine ist eine Herausforderung für jeden OSZE-Teilnehmerstaat. Gemeinsam müssen wir beweisen, dass die Werte und Prinzipien, die wir vor Jahrzehnten gemeinsam entwickelt haben, immer noch gültig sind und von uns allen geteilt werden. Das ist absolut notwendig. Wir werden im einundzwanzigsten Jahrhundert eine kriminelle Aggression nicht einfach hinnehmen. Wir werden keine Verletzungen des humanitären Völkerrechts und keine vorsätzlichen Angriffe auf zivile Infrastruktur und die Umwelt hinnehmen. So etwas kann und darf nicht hingegenommen werden, weder jetzt noch in der Zukunft.

Ich möchte in diesem Forum klarstellen, dass es von unserer Seite auch keine Zustimmung zu einer Vereinbarung geben kann, die eine gewaltsame Grenzverschiebung legitimieren würde. Jegliche Friedensgespräche müssen mit der freiwilligen Zustimmung der ukrainischen Behörden stattfinden. Nur die Ukrainerinnen und Ukrainer selbst haben das Recht, über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden.

Ich bin davon überzeugt, dass eine Vereinbarung, die die im Zuge des Kriegs von Russland erzielten Gebietsgewinne in irgendeiner Weise anerkennen oder tolerieren würde, in Wahrheit eine Zeitbombe für das europäische Sicherheitssystem wäre, die früher oder später zur Explosion käme. Die Wucht dieser Explosion wäre für uns alle, für unsere Länder und Gesellschaften, für den Frieden und die internationale Ordnung verheerend. Dessen müssen wir uns bewusst sein, wenn wir über mögliche Szenarien für die Beendigung des von Russland begonnenen Krieges gegen die Ukraine nachdenken.

Die Anerkennung russischer Gebietsgewinne auf Kosten der Ukraine könnte schlicht zu einem neuen, großen Konflikt, möglicherweise auch zu einem Weltkrieg, führen. Ich sage dies nicht, um Ängste zu schüren. Aber wenn wir wirklich an die Sicherheit Europas denken, müssen wir alle Optionen in Betracht ziehen. Wir müssen die Lehren aus den Ereignissen des 24. Februar 2022 ziehen. Ich erinnere mich genau, dass noch kurz vor dem Beginn der russischen Aggression vielen Regierungen ein ausgewachsener Konflikt schier unmöglich schien. Doch seit 281 Tagen ist er nun für Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern tägliche Realität. Deshalb müssen wir jetzt alle Szenarien in Betracht ziehen, auch solche, die uns in unserer rationalen europäischen Denkweise unwahrscheinlich vorkommen. Derzeit kann man wirklich unmöglich sagen, was unwahrscheinlich ist – nach allem, was in der Ukraine geschehen ist und noch immer geschieht.

In der gegenwärtigen Situation müssen wir – um die bestehende Sicherheitsordnung zu schützen – dafür sorgen, dass das Völkerrecht geachtet wird und dass diejenigen, die es verletzen, bestraft werden. Wir dürfen keine Mühen scheuen, die Grundprinzipien

durchzusetzen, die in der VN-Charta, den Gründungsdokumenten der OSZE, der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris für ein neues Europa verankert sind.

Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, um die Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu gewährleisten, und die Untersuchungen über diese schwersten aller Verbrechen sowie die strafrechtliche Verfolgung derjenigen, die dafür verantwortlich sind, unterstützen. Diejenigen, die sich das Verbrechen der Aggression, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Verbrechen des Völkermords zuschulden kommen lassen, müssen in vollem Umfang strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Nur so können wir den Frieden in Europa wiederherstellen und künftige Angriffshandlungen verhindern.

Meine Damen und Herren,

ich versichere unseren mazedonischen Freundinnen und Freunden, die im nächsten Jahr den Vorsitz der OSZE übernehmen werden, dass sie mit unserer Unterstützung für eine erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben der Organisation rechnen können. Sie können auf uns zählen bei all ihren Bemühungen um die Achtung des Völkerrechts, einschließlich der Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen, sowie um die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten.

Meine Damen und Herren,

ich hoffe, dass es dem in Kürze beginnenden OSZE-Ministerrat möglich sein wird, einen gemeinsamen Standpunkt zu den Ursachen der derzeitigen Krise in den internationalen Beziehungen zu entwickeln. Dies würde eine solide Grundlage für eine konstruktive Diskussion über den Umgang mit sowohl den aktuellen als auch künftigen ähnlichen Herausforderungen schaffen.

Unsere Organisation steht heute vor einer großen Herausforderung. Ich bin überzeugt, dass Sie mit Ihrer Klugheit und Ihrer Entschlossenheit in der Lage sein werden, Lösungen zu erarbeiten. Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Austausch.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK

(Anhang 2 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Herr Vorsitzender,

ich schließe mich der soeben abgegebenen Erklärung des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik vollinhaltlich an und möchte nun noch einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Die OSZE ist heute nicht mehr die, die sie vor einem Jahr war. Durch die russische Aggression gegen die Ukraine wurden die grundlegendsten Prinzipien, auf denen die OSZE beruht, mit Füßen getreten. Ich fordere Russland auf, den Krieg zu beenden und seine Streitkräfte vollständig aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen.

Alle im Zuge der rechtswidrigen Invasion begangenen Verbrechen müssen strafrechtlich verfolgt und die Täter vor Gericht gestellt werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)n nach dem Moskauer Mechanismus, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und den zahlreichen Nichtregierungsorganisationen für ihre Arbeit bei der Dokumentation dieser Verstöße danken. Ich appelliere auch an Sie alle, die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals zur Verfolgung der von Russland begangenen Gewaltverbrechen zu unterstützen.

Im Namen der Tschechischen Republik möchte ich betonen, dass wir an den Zweck und die Grundsätze der OSZE glauben.

In der Zukunft kann die OSZE in einer neuen Sicherheitsarchitektur Europas eine wichtige Rolle spielen. Der bestehende Katalog von Verpflichtungen und vertrauensbildenden Maßnahmen ist einzigartig und muss bewahrt und weiterentwickelt werden.

Eine besonders wertvolle Stärke der OSZE ist ihr umfassender Sicherheitsansatz. Wir sollten ihn erhalten und nicht schwächen. Behinderungen der Menschenrechtsmechanismen schwächen auch unsere Sicherheit im OSZE-Raum. Mit einer Stagnation der politisch-militärischen Agenda wird auch die Wirtschafts- und Umweltdimension zum Stillstand kommen.

Bereits heute wird die Unterstützung der OSZE in der Ukraine benötigt. Es ist bedauerlich, dass die meisten OSZE-Aktivitäten in dem Land eingestellt werden mussten. Wir dürfen der Erpressung durch den Aggressor nicht nachgeben. Die Tschechische Republik begrüßt das neue Unterstützungsprogramm der OSZE für die Ukraine. Wir werden 160 000 EUR für die Aktivitäten der OSZE zur Unterstützung der Ukraine bereitstellen. Ein Teil dieser Zuwendung ist für das Dokumentationszentrum der OSZE in Prag bestimmt, wo die nach der Invasion geborgenen OSZE-Akten aufbewahrt werden sollen.

Schließlich braucht die OSZE finanzielle Stabilität, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Ich appelliere an alle Teilnehmerstaaten, verantwortungsbewusst zu handeln und für einen Haushalt zu sorgen, der eine wirksame und effiziente Funktionsweise der OSZE in allen drei Dimensionen gewährleistet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich schon jetzt darauf, die Delegationen der Teilnehmerstaaten im September nächsten Jahres auf dem 31. Wirtschafts- und Umweltforum der OSZE, das traditionsgemäß in Prag stattfindet, begrüßen zu dürfen.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen. Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION BULGARIENS

(Anhang 3 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

die OSZE-Teilnehmerstaaten, wir alle, die wir heute an diesem Tisch sitzen, haben uns schon darauf vorbereitet, in zwei Jahren den symbolträchtigen 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki zu feiern, die den Beginn einer neuen Ära des friedlichen Zusammenlebens und der kooperativen Sicherheit einläutete. Die Zeit nach dem Kalten Krieg war auch von anderen Meilensteinen geprägt, die das Fundament für Frieden und Wohlstand in unserem Teil der Welt legten: Die Charta von Paris sowie die Gipfeltreffen und Ministerratstreffen in den darauffolgenden Jahren haben uns nützliche Konzepte für die Aufwertung unseres OSZE-Acquis und die Stärkung der OSZE-Verpflichtungen und -Prinzipien an die Hand gegeben.

Wo stehen wir heute?

Zehn Monate, nachdem Russland den Angriffskrieg gegen sein Nachbarland Ukraine begonnen hat, leben wir in einem anderen Europa. Dieses skrupellose Vorgehen hat alle Regeln der internationalen Ordnung gebrochen und zerstört weiterhin nach und nach die Errungenschaften unserer Vorgängerinnen und Vorgänger. Die Charta der Vereinten Nationen und die Gründungsdokumente der OSZE haben ganz eindeutig festgelegt: Die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Staaten sind zu achten, und Grenzen können nicht durch militärische Gewalt verändert werden.

Die Ukraine nimmt ihr naturgegebenes Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der VN-Charta wahr. Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer. Wir werden weder unrechtmäßige Entitäten noch die Annexion von ukrainischem Territorium anerkennen. Bulgarien wird sich so lange wie nötig an der politischen, technischen, wirtschaftlichen und humanitären Unterstützung für die Ukraine beteiligen, auch im Rahmen der OSZE.

Wir fordern Russland auf, seine Militäroperationen unverzüglich einzustellen und alle Streitkräfte und militärische Ausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen. Russland muss verantwortungsbewusst handeln, alle nuklearen Risiken im Zusammenhang mit Atomwaffen und zivilen kerntechnischen Anlagen in der Ukraine eindämmen und alle seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einhalten.

Wir sind zutiefst besorgt über den militärische Aufmarsch Russlands und seine aggressiven Drohgebärden in der Schwarzmeerregion. Russland hat die rechtswidrig annektierte Halbinsel Krim zum Ausgangspunkt für weitere Invasionen in ukrainisches Hoheitsgebiet und Angriffe seiner Schwarzmeerflotte auf dem Seeweg gemacht. Die zunehmende Kontrolle Moskaus über wichtige Verkehrswege im Schwarzen Meer hat die freie Schifffahrt weiter eingeschränkt.

Der Krieg gibt auch Anlass zu großer Besorgnis über Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die Russische Föderation, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen darstellen könnten. Es muss sichergestellt werden, dass alle möglichen in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen dokumentiert, untersucht und strafrechtlich verfolgt werden. Wir unterstützen alle Bemühungen, Beweise zu sammeln und die Gräueltaten des Krieges zu dokumentieren, unter anderem durch den Internationalen Strafgerichtshof, die VN-Mission zur Überwachung der Menschenrechtssituation und die OSZE im Rahmen ihres Moskauer Mechanismus, der von der überwiegenden Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten, darunter Bulgarien, aktiviert wurde, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir fordern auch Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Gemeinsame Verantwortung bedeutet auch gemeinsame Rechenschaftspflicht.

„Business as usual“ ist nicht möglich, wenn von einem OSZE-Teilnehmerstaat gegen einen anderen ein großräumiger, die Stabilität Europas bedrohender Krieg geführt wird. Die Organisation ist nun durch ein historisch niedriges Maß an Vertrauen und den Missbrauch der Konsensregel gelähmt. Die wichtigsten Aktivitäten in allen drei Dimensionen der OSZE wurden blockiert. Dass es das zweite Jahr in Folge keinen genehmigten Haushalt gibt und die bedauerliche Vereinnahmung der Haushaltsplanung für politische Zwecke haben die Institutionen, die Strukturen und die Feldmissionen der OSZE in eine finanziell prekäre Lage gebracht. Wir müssen uns eingestehen, dass die OSZE heute nur noch ein schwaches Abbild dessen ist, was sie einmal war, und dass die kurzfristige Strategie für die Organisation im Durchhalten besteht.

Die OSZE ist in der Tat eine Organisation für Friedenszeiten. In einem hochkonfrontativen Sicherheitsumfeld kann sie ihr Mandat nicht erfüllen und nicht wirksam arbeiten. Aber wir können nicht einfach warten, bis in Europa wieder Stabilität einkehrt. Wir sollten in der OSZE darauf hinarbeiten und strategische Überlegungen für die Zeit nach dem Krieg in der Ukraine anstellen. Wir sollten nicht zulassen, dass die künftigen Grundprinzipien der europäischen Sicherheit anderswo festgelegt werden.

Die Geschichte der OSZE war schon immer von Differenzen begleitet. Das ist kein Argument dafür, nicht mehr auf ihre Instrumente zurückzugreifen, sondern ein Argument für eine wirkungsvollere Diplomatie.

Abschließend möchte ich dem polnischen Vorsitz für seine Gastfreundschaft und für seine Führung der Organisation in schwierigen und äußerst herausfordernden Zeiten danken.

Ich wünsche der Republik Nordmazedonien als künftigem Vorsitz viel Glück, Durchhaltevermögen und Erfolg. Wir werden Sie in Ihren Bemühungen bei der Vorsitzführung im Forum für Sicherheitskooperation der OSZE in der zweiten Sitzungsperiode des nächsten Jahres unterstützen.

Ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KROATIENS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BELGIEN, BULGARIEN,
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,
FRANKREICH, GRIECHENLAND, ISLAND, ITALIEN, KANADA,
LETTLAND, LITAUEN, LUXEMBURG, MONTENEGRO, DEN
NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN, POLEN,
PORTUGAL, RUMÄNIEN, SCHWEDEN, DER SLOWAKEI,
SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK,
TÜRKIYE, UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH UND DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 4 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung erfolgt im Namen der folgenden Teilnehmer- und NATO-Mitgliedstaaten: Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika sowie im Namen der NATO-Beitrittskandidaten Finnland und Schweden.

Im OSZE-Raum herrscht kein Frieden. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, den wir auf das Allerschärfste verurteilen, untergräbt die internationale Sicherheit und Stabilität auf schwerwiegende Weise. Er ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, einschließlich der VN-Charta, und verletzt die Grundprinzipien der Schlussakte von Helsinki und andere OSZE-Verpflichtungen.

Wir stehen in voller Solidarität zum Volk und der Regierung der Ukraine, die ihr Land heldenhaft verteidigen. Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir verurteilen die rechtswidrige und unrechtmäßige versuchte Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland, einschließlich der Krim, und werden diese niemals anerkennen. Wir unterstützen voll und ganz das naturgegebene Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und auf die freie Wahl ihrer sicherheitspolitischen Dispositionen. Wir werden die Ukraine so lange umfassend unterstützen, wie es nötig ist.

Russland hat unermessliches menschliches Leid und massive Vertreibungen verursacht, von denen die Frauen und Kinder in der Ukraine unverhältnismäßig stark betroffen sind. Russland trägt die alleinige Verantwortung für diese humanitäre Katastrophe. Wir würdigen den Mut und die Widerstandsfähigkeit der Menschen in der Ukraine. Wir unterstützen uneingeschränkt die Arbeit der internationalen Gemeinschaft, so auch den Einsatz von OSZE-Instrumenten und -Initiativen wie die Aktivierung des Moskauer Mechanismus und die Beobachtung durch das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, damit alle, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die

internationalen Menschenrechtsnormen in der Ukraine verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Wir verurteilen vor allem die Angriffe Russlands auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur sowie die im Zuge des Konflikts verübte sexuelle Gewalt. In diesem Zusammenhang unterstreichen wir die Bedeutung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit für die Arbeit der OSZE. Wir bedauern, dass Russland die Arbeit der OSZE behindert und untergräbt, insbesondere in Bezug auf die Schließung ihrer die Ukraine betreffenden Feldpräsenz. Dadurch wird die Umsetzung des Unterstützungsprogramms für die Ukraine noch dringender.

Ferner sind wir besorgt über die zunehmend kriegerische Rhetorik und Vorgehensweise von Belarus. Es muss sich an das Völkerrecht halten und damit aufhören, Mittäter in diesem rechtswidrigen Krieg Russlands zu sein.

Russland ist die größte und unmittelbarste Bedrohung für unseren Frieden, unsere Sicherheit und unsere Stabilität. Es versucht, durch Zwang, Subversion, Desinformation, Aggression und rechtswidrige Annexionsversuche Einflussphären zu schaffen und direkte Kontrolle auszuüben. Russlands militärischer Aufmarsch, unter anderem in der Ostsee-, Schwarzmeer- und Mittelmeerregion und im hohen Norden, sowie seine militärische Integration mit Belarus sind eine Herausforderung für unsere Sicherheit. Die Drohgebärden Russlands, seine Desinformation und gefährliche nukleare Rhetorik sowie seine erwiesene Bereitschaft, zur Verfolgung seiner politischen Ziele Gewalt anzuwenden, unterminieren die regelbasierte internationale Ordnung.

Wir suchen keine Auseinandersetzung und bedrohen Russland nicht. Wir werden auf die Drohungen und kriegerischen Handlungen Russlands weiterhin geschlossen und verantwortungsbewusst reagieren. Wir werden die Abschreckung und die Verteidigung erheblich verstärken, unsere Widerstandsfähigkeit gegen das Diktat Russlands erhöhen und unsere Partner bei der Abwehr von böswilliger Einmischung und Aggression unterstützen.

Russland hat Konflikte im OSZE-Raum entfacht und die Bemühungen um deren Beilegung vereitelt. Dies zeigte sich zuletzt bei seinem erneuten Einmarsch in der Ukraine. Wir fordern Russland auf, seine Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zu beenden und alle Streitkräfte samt Material abzuziehen, die in Georgien und der Republik Moldau ohne deren Zustimmung stationiert wurden. Wir unterstützen nachdrücklich deren Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Wir fordern Russland zur Einstellung seiner Aggression und seiner Verstöße gegen das Völkerrecht und die Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE in allen drei Sicherheitsdimensionen auf, wie sie in der Schlussakte von Helsinki festgelegt sind, einschließlich derjenigen, die sich auf Rüstungskontrolle, Transparenz, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und demokratische Staatsführung beziehen und für die Förderung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten wesentlich sind. Wir weisen erneut auf die große Bedeutung der OSZE als einzigartiges Forum für den Dialog über umfassende Sicherheit hin.

Abschließend fordern wir Russland auf, diesen Krieg, für den es sich bewusst entschieden hat, sofort zu beenden und sich vollständig und bedingungslos aus der Ukraine zurückzuziehen.

Die Teilnehmerstaaten, die sich dieser Erklärung anschließen, ersuchen um deren Aufnahme in das Journal dieses Ministerratstreffens.

ERKLÄRUNG DES VERTRETERS DER EUROPÄISCHEN UNION

(Anhang 5 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Die Delegation der Tschechischen Republik als EU-Vorsitzland erteilte dem Vertreter der Europäischen Union das Wort, der die folgende Erklärung abgab:

Wir danken dem polnischen Außenminister Zbigniew Rau und dem polnischen Vorsitz für ihre Gastfreundschaft in Łódź und dafür, wie sie die Organisation durch diese beispiellose und turbulente Zeit geleitet haben. Auch möchten wir Botschafter Adam Hałaciński und seinem hervorragenden Team in Wien unsere Anerkennung für ihren unermüdlichen Einsatz das ganze Jahr hindurch aussprechen, das für den OSZE-Raum und für die Organisation selbst äußerst schwierig war.

Für jeden, der im Plenarsaal saß, die Sitzungen online verfolgte oder an den verschiedenen Nebenveranstaltungen oder an der Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft teilnahm, war die Botschaft unmissverständlich: Die überwältigende Mehrheit der Teilnehmerstaaten hat den unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen, von Russland mit der Beihilfe Belarus' geführten Angriffskrieg gegen die Ukraine als groben Verstoß gegen das Völkerrecht, die Charta der Vereinten Nationen sowie die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und als die größte Bedrohung unserer gemeinsamen Sicherheit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eindeutig verurteilt. Wir werden die Ukraine weiterhin dabei unterstützen, ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zu verteidigen, solange es nötig ist. Wir sind weiterhin entschlossen, die Widerstandsfähigkeit und den Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen, insbesondere nach den anhaltenden unterschiedslosen Angriffen Russlands auf Zivilistinnen und Zivilisten, zivile Objekte und Infrastruktur.

Unmissverständlich wurde auch gefordert, dass diejenigen, die für die während des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine begangenen Gräueltaten verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung ist erschütternd und stellt eine grundlegende Herausforderung für uns alle dar, die wir an die Einhaltung des Völkerrechts und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen glauben. Die Europäische Union ist fest entschlossen, dafür zu sorgen, dass die begangenen Verbrechen, darunter Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie unrechtmäßige Deportationen, nicht ungestraft bleiben, und wir werden alle Bemühungen, auch im Rahmen der OSZE, unterstützen, um den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Berichte nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE sind dabei ein überaus wichtiges Instrument.

Auf diesem Ministerratstreffen wurde auch bestätigt, dass die Aggression Russlands und Belarus' nach außen mit einer systematischen und massiven Repression im Inneren, gegen die eigene Bevölkerung, einhergeht. Wir fordern Belarus erneut auf, sich nicht weiter an Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beteiligen, die organisierte Unterdrückungs- und Einschüchterungskampagne zu beenden, alle willkürlich Inhaftierten und politischen Gefangenen freizulassen, die Freiheit der Medien und der Zivilgesellschaft zu respektieren und einen alle Seiten einschließenden nationalen Dialog aufzunehmen. Ebenso fordern wir Russland erneut auf, die mit dem Ziel der anhaltenden Unterdrückung und

Verfolgung seiner Bürger erlassenen Gesetze rückgängig zu machen und im Einklang mit Geist und Buchstaben aller seiner OSZE-Verpflichtungen zu handeln.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat alle Konfliktlösungsmechanismen der OSZE behindert und damit unsere Region instabiler gemacht. Die Europäische Union wird weiterhin die Konfliktlösungsprozesse der OSZE unterstützen und sich aktiv an den Gesprächen beteiligen. Wir fordern alle Konfliktparteien sowie alle, die an den Konfliktlösungsformaten teilnehmen, auf, sich konstruktiv und nach Treu und Glauben einzubringen und ihre jeweiligen Verpflichtungen umzusetzen. Der politische Wille ist essenziell, um Fortschritte bei der Schaffung von mehr Stabilität, Wohlstand und Frieden in unserer Region zu erreichen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung und seine dimensionen- und regionenübergreifenden Folgen haben die Erörterungen dominiert und waren der Erzielung von Ergebnissen, wie man sie üblicherweise von einem Ministerrat erwartet, abträglich. Gleichzeitig wurde der Wert der OSZE als wichtige und inklusive regionale Plattform für Sicherheit und Zusammenarbeit bekräftigt. In den kommenden Monaten sollten wir ihre Instrumente und Mittel in allen drei Dimensionen der Sicherheit einsetzen, insbesondere um gegen die vielfältigen Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und seine destabilisierenden Aktionen im gesamten OSZE-Raum vorzugehen, gestützt auf unsere gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen und unsere erneuerte Entschlossenheit, diese umzusetzen.

Wir sprechen der *Civic Solidarity Platform* unsere Anerkennung für die Organisation ihrer Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft aus und würdigen ihren Beitrag zum Ministerstatstreffen in Form der Erklärung von Łódź. Die Zivilgesellschaft ist für die Gewährleistung funktionierender und lebendiger Demokratien unerlässlich, und wir halten daher an der Offenheit und Inklusivität der OSZE gegenüber Organisationen der Zivilgesellschaft fest.

Die EU bekräftigt ihre entschiedene Unterstützung für die Generalsekretärin, das Sekretariat und die anderen Durchführungsorgane der OSZE, darunter die Feldoperationen, sowie für die autonomen Institutionen und deren Leiterinnen und Leiter. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, die Institutionen und ihre starken Mandate zu erhalten und dafür zu sorgen, dass sie ordnungsgemäß arbeiten können und über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen. In diesem Sinne wird die EU auch weiterhin eng mit dem derzeitigen und dem künftigen Vorsitz zusammenarbeiten, um die wertvolle Arbeit der OSZE-Feldoperationen zu unterstützen und zu schützen. Wir freuen uns auch auf die weitere fruchtbare Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie mit den OSZE-Kooperationspartnern.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem designierten Vorsitz Nordmazedonien. Wir werden Nordmazedonien unterstützen, insbesondere in seinem Ziel, die Organisation und alle Teilnehmerstaaten so zu leiten, dass die Achtung der grundlegenden Prinzipien der OSZE wieder in den Mittelpunkt rückt. Das wird uns dabei helfen, dafür zu sorgen, dass die OSZE auch weiterhin ein zentrales Forum für den bedeutsamen Dialog über die beispiellosen Herausforderungen bleibt, vor denen wir gegenwärtig im Hinblick auf die europäische Sicherheit stehen.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Krise, mit der wir derzeit konfrontiert sind, weder auf eine Schwachstelle in den Regeln und Grundsätzen der europäischen Sicherheitsordnung noch auf ein Versagen der OSZE selbst zurückgeht, sondern darauf, dass ein bestimmter Teilnehmerstaat sich mit aktiver Unterstützung eines anderen Teilnehmerstaats nicht an diese Regeln und Grundsätze hält. Die Lösung liegt auf der Hand: So wie Russland mit seinen zerstörerischen und rechtswidrigen Aktionen unermessliches menschliches Leid verursacht und versucht hat, die regelbasierte internationale Ordnung umzustürzen, und damit seine eigene Glaubwürdigkeit beschädigt hat, kann es genauso gut bewusst einen anderen Kurs einschlagen und andere Maßnahmen ergreifen – beginnend damit, dass es seinen Krieg gegen die Ukraine unverzüglich beendet, alle seine Truppen und seine militärische Ausrüstung vollständig und bedingungslos aus dem gesamten Gebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzieht und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt. Niemand profitiert von den Aktionen Russlands. Nicht das russische Volk. Auch nicht die Menschen in den Nachbarländern. Nicht die Menschen in Europa und im gesamten OSZE-Raum. Nur wenn sich alle 57 Teilnehmerstaaten an die Regeln halten, auf die wir uns alle freiwillig geeinigt haben, und die universellen Werte und Prinzipien hochhalten, können wir einen gemeinsamen, unteilbaren Sicherheitsraum schaffen, der auf Vertrauen und Zusammenarbeit beruht und in dem Frieden herrscht.

Ich ersuche höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung des Ministerrats.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹, Albanien¹, Ukraine und die Republik Moldau, das potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina¹ und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie Andorra, Monaco und San Marino und der OSZE-Kooperationspartner Australien schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien und Herzegowina nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

(Anhang 6 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Wir sprechen dem polnischen Vorsitz unsere Anerkennung für seine Führungsstärke und seinen Einsatz für diese Organisation in äußerst herausfordernden Zeiten aus – und danken für die kompetente Leitung durch den Amtierenden Vorsitzenden, Außenminister Zbigniew Rau, und Sie, Botschafter Hałaciński, lieber Adam. Der Schwerpunkt, den Sie auf die Verteidigung der grundlegenden Prinzipien der OSZE gelegt haben, war für das Überleben der Organisation und ihre weitere Fähigkeit, als wirksame Plattform zur Wahrung unserer gemeinsamen Werte zu fungieren, wesentlich. Ihnen gebührt unsere volle Unterstützung und unser dauerhafter Dank für Ihre Bemühungen.

Die Vereinigten Staaten sehen der Zusammenarbeit mit Nordmazedonien im Jahr 2023 erwartungsvoll entgegen, wenn wir uns weiter mit den noch nie dagewesenen Herausforderungen für die Sicherheit und den Wohlstand in unserer Region auseinandersetzen werden. In der Ukraine führt Russland seinen Angriffskrieg fort, der in seinem Ausmaß und seinen Auswirkungen in der Geschichte dieser Organisation beispiellos ist. Die zunehmend verheerenden Kosten in Form von Menschenleben und wirtschaftlichem Schaden erschüttern uns nach wie vor; die skrupellosen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie die barbarischen Grausamkeiten, die von Russlands Streitkräften begangen werden, haben in dieser Welt einfach keinen Platz. Darüber hinaus bringen die sich überschneidenden humanitären, Energie- und Nahrungsmittelkrisen, die durch Russlands Krieg verursacht wurden, viel Leid über die am stärksten gefährdeten Menschen auf der ganzen Welt und erschweren die internationalen Bemühungen, wichtige Themen wie den Klimawandel anzugehen. Nichts führt uns die Risiken, denen wir alle ausgesetzt sind, deutlicher vor Augen als das unbeschreiblich rücksichtslose Vorgehen Russlands in den und um die zivilen kerntechnischen Anlagen der Ukraine. Moskaus offensichtliche Missachtung einer potenziellen nuklearen Katastrophe sollte uns allen eine nachdrückliche Mahnung dafür sein, dass niemand gegen die Auswirkungen von Putins verheerendem Krieg gefeit ist. All dies ist dem Drang des Kremls geschuldet, seine neoimperialistischen Ambitionen zu verwirklichen und die Grenzen seiner Nachbarländer um jeden Preis einseitig neu zu ziehen.

Nicht nur in der Ukraine, sondern auch in anderen Gebieten des OSZE-Raums wird offenbar, dass Russland unsere kollektive Sicherheit untergräbt. Seit über 30 Jahren halten sich russische Truppen ohne die Zustimmung des Gastlands im Hoheitsgebiet der Republik Moldau auf und verletzen damit dessen Souveränität. Wir fordern Russland eindringlich auf, seine Truppen und seine Munition im Einklang mit den Verpflichtungen, die es auf dem Gipfel von Istanbul 1999 eingegangen ist, abzuziehen. Russlands Invasion in Georgien im Jahr 2008 und seine anhaltende militärische Präsenz auf georgischem Hoheitsgebiet ohne die Zustimmung Georgiens verletzen die Souveränität und die territoriale Integrität Georgiens und das Völkerrecht. Die Vereinigten Staaten versichern Georgien ihrer unverbrüchlichen Unterstützung und stehen an der Seite der Gruppe der Freunde Georgiens, um Russland dazu zu bewegen, die Bedingungen der Waffenstillstandsvereinbarung von 2008 einzuhalten. Die Vereinigten Staaten werden auch weiterhin bilateral mit Armenien und Aserbaidschan sowie gemeinsam mit der Europäischen Union, der OSZE und anderen Partnern auf ein umfassendes Abkommen hinarbeiten, das der Region dauerhaften Frieden bringt.

Die Feldoperationen und die drei unabhängigen Institutionen der OSZE sind in der Tat die „Kronjuwelen“ dieser Organisation. Durch unsere Feldmissionen liefern wir konkrete Ergebnisse vor Ort – wobei wir eng mit den Regierungen der Gastländer und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um die Teilnehmerstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in allen drei Dimensionen der OSZE zu unterstützen und somit die Sicherheit in unserer Region zu verbessern. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, die Beauftragte für Medienfreiheit und der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten sowie die verschiedenen Sonderbeauftragten spielen eine wichtige Rolle dabei, allen Teilnehmerstaaten zu helfen, ihren Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki nachzukommen. Handlungen, die die Ziele und Kernaufgaben der OSZE in ihrem Fortschritt blockieren und anderweitig behindern, wie etwa das auftragsgemäße jährliche Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension, die Feldoperationen oder die Verabschiedung des Gesamthaushaltsplans, untergraben direkt die umfassende Sicherheit, die unsere Organisation aufrechterhalten soll. Wir können und werden diese Hindernisse überwinden. Wir werden mit dem Vorsitz und allen anderen zusammenarbeiten, die daran interessiert sind, dass es der OSZE gelingt, kreativ auf bahnbrechenden Initiativen wie dem Unterstützungsprogramm für die Ukraine und der sehr erfolgreichen Warschauer Konferenz zur menschlichen Dimension aufzubauen.

Mehr denn je – und gerade wegen der Aggression, der Kriegsverbrechen und der Menschenrechtsverstöße Russlands in der Ukraine – legen die Vereinigten Staaten großen Wert auf diese Organisation, ihre Prinzipien und Verpflichtungen und ihre unabhängigen Institutionen. Ich versichere Sie, dass sich die Vereinigten Staaten weiterhin für die OSZE und unser gemeinsames Ziel einsetzen werden, eine sichere, friedliche und wohlhabende Region aufzubauen, in der alle Menschen mit Würde behandelt werden und ihre Menschenrechte frei ausüben können – und in der diejenigen, die in Verfolgung neoimperialer Ambitionen brutal ihre Macht durchzusetzen versuchen, samt ihren Komplizen zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal dieses Ministerratstreffens beifügen zu lassen.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FINNLANDS
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, ANDORRA, BELGIEN,
BULGARIEN, DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND,
FRANKREICH, GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND,
ITALIEN, KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LIECHTENSTEIN,
LITAUEN, LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONACO,
MONTENEGRO, DEN NIEDERLANDEN, NORDMAZEDONIEN,
NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN,
SAN MARINO, SCHWEDEN, DER SCHWEIZ, DER SLOWAKEI,
SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER
UKRAINE, UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

(Anhang 7 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Ich beehre mich, diese Erklärung im Namen der folgenden 43 Teilnehmerstaaten abzugeben: Albanien, Andorra, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Republik Moldau, Monaco, Montenegro, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern sowie im Namen meines eigenen Landes, Finnland.

Vor dreißig Jahren betonten die OSZE-Ministerinnen und -Minister in Stockholm, dass das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE Frieden, Sicherheit und Wohlstand in einen direkten Zusammenhang mit der Einhaltung der Menschenrechte und den demokratischen Freiheiten stellt. Heute erinnert uns der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nachdrücklich an diese Tatsache – nämlich, dass die Achtung der Menschenrechte in den Staaten eine wesentliche Voraussetzung für dauerhafte Sicherheit zwischen den Staaten ist.

Wir sind entsetzt von Berichten, wie dem nach dem Moskauer Mechanismus der OSZE, die schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und „eindeutige Muster von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht durch die russischen Streitkräfte“ in der Ukraine festgestellt haben, darunter gezielte Tötungen von Zivilpersonen, unrechtmäßige Festnahmen, Entführungen und Deportationen sowie die Anwendung von Folter und anderen Misshandlungen, auch sexueller Gewalt. Wir verurteilen diese schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und -verstöße und die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht auf das Schärfste. Alle mutmaßlichen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsnormen müssen ordnungsgemäß und rasch untersucht werden. Damit unsere gemeinsamen Verpflichtungen wieder ihre volle Wirkung entfalten können, müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

in den vergangenen Jahrzehnten haben wir große Fortschritte bei der Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gemacht. In diesem Jahr jedoch ist es offensichtlich denn je, dass der Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie noch lange nicht vorbei ist und dass ihre Verteidigung unsere fortgesetzte Wachsamkeit und unser prinzipientreues Handeln erfordert. In der gesamten Region schrumpft der Raum für die Zivilgesellschaft und für unabhängige Medien rasant, sowohl online als auch offline. Diskriminierung schließt immer noch viele von einer vollständigen, gleichberechtigten und bedeutsamen Teilhabe an unserer Gesellschaft aus. Und in den Schlagzeilen liest man von Drohungen und Gewalt gegen friedliche Demonstrierende.

Wir werden weiter unsere Stimme erheben, wenn demokratische Grundsätze, Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt oder missachtet werden. Egal, ob es um Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende geht, die für ihre mutige Arbeit Repressalien ausgesetzt sind, oder um das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Demonstrierende, die einen demokratischen Wandel anstreben. Wir werden weiterhin auf die Beseitigung von Folter und sonstiger Misshandlung dringen. Wir werden uns weiterhin für freie und faire Wahlen einsetzen. Wir werden Stereotypen und Vorurteile hinterfragen, Mythen mit Fakten bekämpfen und eine Welt fördern, in der niemand zurückgelassen wird oder dafür angegriffen wird, wer er oder sie ist, wen er oder sie liebt, wie er oder sie aussieht oder was er oder sie glaubt oder sagt.

Herr Vorsitzender,

die Zivilgesellschaft ist das Gewissen unserer Länder. Sie ist eine Quelle von Ideen und entscheidende Komponente einer offenen, inklusiven und lebendigen Demokratie. Wir würdigen alle Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich unermüdlich für unser gemeinsames Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten einsetzen. Sie verdienen unsere Anerkennung, unseren Schutz und unsere Unterstützung.

Wir wissen das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) als eine wichtige Plattform für die Teilnehmerstaaten und die Zivilgesellschaft zur gemeinsamen Überprüfung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension sehr zu schätzen. Die Warschauer Konferenz zur menschlichen Dimension erwies sich als wertvolle Gelegenheit für einen Meinungs austausch mit der Zivilgesellschaft, zumal das diesjährige Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension bedauerlicherweise nicht stattfand. Es ist wichtig, dass das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension nächstes Jahr abgehalten wird, und wir werden die diesbezüglichen Bemühungen des designierten Vorsit zes unterstützen. Wir zollen den autonomen Institutionen der OSZE Anerkennung für ihre Bemühungen um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte als unentbehrliche Komponenten einer friedlichen, inklusiven und demokratischen Gesellschaft. Ihre Arbeit, ihre Mandate und ihre Unabhängigkeit als Institutionen sind für die Förderung und die Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit in unserer Region von wesentlicher Bedeutung. Da viele Konflikte in unserer Region auf die Nichteinhaltung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension zurückzuführen sind, sind diese Bemühungen unabdingbar.

Herr Vorsitzender,

alle Teilnehmerstaaten haben kategorisch erklärt, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten sind und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Grundsätze an vorderster Stelle unserer Arbeit in dieser Organisation steht – zu Gunsten aller, die im OSZE-Raum zu Hause sind.

Abschließend möchten wir auch dem OSZE-Vorsitz und dem Vorsitz des Ausschusses zur menschlichen Dimension dafür danken, dass sie auch in diesen herausfordernden Zeiten in unserem Namen für die Stärkung der menschlichen Dimension arbeiten.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

(Anhang 8 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu dem Ergebnis der Erörterungen in Łódź.

Zunächst sind wir über den Stil und die Arbeitsmethoden des polnischen Vorsitzes tiefst enttäuscht. Wir bedauern, dass Polen nicht in der Lage war, seine inneren Komplexe zu überwinden und sich im Interesse der Stärkung der gemeinsamen Grundlagen der Arbeit unserer Organisation über historische Kränkungen hinwegzusetzen. Das Ansehen der Institution des amtierenden OSZE-Vorsitzes hat schweren Schaden erlitten. Darüber hinaus ist dieses Ministerrattreffen von einem äußerst konfrontativen und aggressiven Verhalten sehr vieler Teilnehmerstaaten geprägt, was dem Wesen unserer Organisation widerspricht. Das nächste Land, das die Steuer der OSZE übernimmt, Nordmazedonien, wird lange Zeit brauchen, um mit diesem schwierigen Erbe aufzuräumen. Wir vertrauen darauf, dass die Regierung in Skopje mit Anstand, Professionalität und Konzentration auf die Stärkung der Instrumente der multilateralen Diplomatie an ihre Aufgabe herangehen wird.

Gleichzeitig möchten wir daran erinnern, dass die Wirksamkeit jeder internationalen Struktur davon abhängt, wie relevant sie für ihre Teilnehmer ist. Dies trifft insbesondere auf die OSZE zu. Jeder der hier anwesenden Staaten muss die Organisation als ein nützliches Instrument für die Verfolgung seiner eigenen Interessen betrachten, jedoch unter Berücksichtigung der Interessen der anderen. Dieses Gleichgewicht muss dem zukünftigen Vorgehen der OSZE zum Wohle aller Teilnehmerstaaten ohne Ausnahme zu Grunde liegen.

Trotz der derzeitigen Herausforderungen glauben wir, dass die OSZE eine Zukunft hat. Als Plattform für den gleichberechtigten und von gegenseitiger Achtung getragenen Dialog und für Zusammenarbeit ist die Organisation nach wie vor relevant. Wenn die hysterische Russophobie vergangen ist, werden wir bereit sein, gemeinsam die Arbeit der OSZE wiederaufzunehmen. Jedoch wird dies auf einer neuen Grundlage geschehen müssen, denn die früheren Ansätze sind schwer in Misskredit geraten.

Die diskriminierende Haltung gegenüber Russland und anderen Staaten „östlich von Wien“ sollte aufgegeben werden. Hier gibt es keine „Prügelknaben“, hier ist kein Platz für Moralpredigten und Belehrungen. Lassen Sie uns die Kultur des gegenseitig respektvollen, sachbezogenen Dialogs wiederbeleben. Nur durch gemeinsame Bemühungen von gleichberechtigten Staaten kann der „Geist von Helsinki“ erneuert werden. Zu diesem Zweck sollten alle Staats- und Regierungschefs unserer Länder, die die Dokumente der OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul (1999) und Astana (2010) unterzeichnet haben, tatsächlich ihre Bereitschaft unter Beweis stellen, sich von dem darin verankerten Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit leiten zu lassen. Es ist wichtig, die Bereitschaft zu bekräftigen, die Verpflichtung, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu festigen, bedingungslos einzuhalten.

Auf Grundlage eines Interessenausgleichs müssen konkrete Vereinbarungen im Bereich der „harten Sicherheit“ im euroatlantischen Raum ausgearbeitet und das Regime der

konventionellen Rüstungskontrolle in Europa und die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen wiederbelebt werden. Es gibt nur ein akzeptables Ergebnis: langfristige, rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien für alle OSZE-Teilnehmerstaaten.

Die Prinzipien des Konsenses und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Teilnehmerstaaten müssen dringend bekräftigt werden. Eine Kultur des Kompromisses und die Ablehnung der Praxis, mit zweierlei Maß zu messen, sollten in den OSZE-Dokumenten verankert werden. Die Vorrangstellung der Beschlussfassungsorgane muss verankert werden.

Der gemeinsame gesamteuropäische Raum „von Vancouver bis Wladiwostok“ muss bewahrt werden, seine Zersplitterung und die Abtrennung des westlichen Teils des Kontinents von seinem östlichen dürfen nicht zugelassen werden.

Wir kennen die weitverbreitete Auffassung, dass angesichts des derzeitigen hochgradigen Ausmaßes der Konfrontation jedwede ehrgeizigen Projekte zum Scheitern verurteilt sind. Wir sehen keine Gründe, dem zuzustimmen. Ich bin sicher, dass wir verhandeln müssen. Das ist ein Axiom der Diplomatie. Die Organisation darf nicht auf Dauer in einem „Standby-Modus“ verharren, wie es jetzt der Fall ist. Sie kann ihr Fortbestehen auch nicht mit der Aufgabe rechtfertigen, Russland „bestrafen und einhegen“ zu müssen. Das führt zu nichts.

Wir sind überzeugt, dass sich die OSZE definitiv nicht durch eine Struktur mit ähnlicher Zusammensetzung und ähnlichen Zuständigkeiten ersetzen lässt. Wenn es die OSZE nicht mehr gibt, werden ihre Funktionen teilweise von einem anderen Format übernommen werden, das eine unabhängige „Nische“ beim Aufbau einer Verbindung zwischen dem euroatlantischen und dem eurasischen Raum einzunehmen versucht. Wollen wir dieses Schicksal für unsere Organisation? All das hängt von uns ab.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der Schlussitzung des Ministerratstreffens.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS
(AUCH IM NAMEN VON BULGARIEN, DÄNEMARK, ESTLAND,
FINNLAND, IRLAND, ISLAND, LETTLAND, LITAUEN, NORWEGEN,
POLEN, RUMÄNIEN, SCHWEDEN, DER SLOWAKEI, DER
TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER UKRAINE, DEM VEREINIGTEN
KÖNIGREICH UND DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

(Anhang 9 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Diese Erklärung erfolgt im Namen von Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Island, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, der Slowakei, der Tschechischen Republik, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Wir verurteilen die Aggression Russlands gegen Georgien im Jahr 2008 und bringen unsere tiefe Besorgnis über die fortgesetzte militärische Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien durch Russland zum Ausdruck. Auch verurteilen wir erneut den laufenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Vierzehn Jahre nach dem militärischen Einmarsch der Russischen Föderation in Georgien sind wir nach wie vor tief besorgt über die anhaltende Besetzung von Teilen des Hoheitsgebiets Georgiens und unterstreichen die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts unter voller Einhaltung des Völkerrechts und der internationalen Verpflichtungen einschließlich der VN-Charta und der Schlussakte von Helsinki.

Wir begrüßen die Einhaltung der von der EU vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 durch Georgien. Wir fordern Russland auf, unverzüglich seiner eindeutigen Verpflichtung aus der Waffenstillstandsvereinbarung nachzukommen, seine Kräfte auf die Positionen vor Ausbruch des Konflikts zurückzuziehen, sowie seine Verpflichtungen einzuhalten, ungehinderten Zugang für die Lieferung humanitärer Hilfe zu erlauben und die Schaffung internationaler Sicherheitsregelungen vor Ort nicht zu behindern. Wir fordern Russland auf, seine Anerkennung der sogenannten Unabhängigkeit der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zurückzunehmen.

Wir verurteilen die Maßnahmen Russlands, die darauf ausgerichtet scheinen, auf den Abschnitten in den besetzten Gebieten einseitig die georgisch-russische Staatsgrenze festzulegen und einen Teil der georgischen Gemeinde Aibgha dem Kraj Krasnodar einzuverleiben. Ebenso verleihen wir unserer Besorgnis über die Inbesitznahme von 180 Hektar Land im Bezirk Gagra in Abchasien (Georgien) durch Russland Ausdruck. Wir sind auch besorgt über die laufenden Aktivitäten im Rahmen der Umsetzung des sogenannten Programms zur Schaffung eines gemeinsamen sozioökonomischen Raums zwischen der Russischen Föderation und der georgischen Region Abchasien sowie über das sogenannte Doppelstaatsbürgerschaftsabkommen mit der georgischen Region Südossetien, was beides einen weiteren Schritt in Richtung einer versuchten rechtswidrigen Annexion darstellt. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, diesen Prozess rückgängig zu machen. Wir verurteilen

die Abhaltung der sogenannten Parlamentswahl in der Region Abchasien sowie der sogenannten Präsidentenwahl in Südossetien im Jahr 2022 als eklatante Verletzung der Souveränität Georgiens.

Wir nehmen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Januar 2021 im Fall betreffend den bewaffneten Konflikt zwischen der Russischen Föderation und Georgien im August 2008 und dessen Folgen zur Kenntnis, einschließlich der Feststellung, dass Russland seit Abschluss der Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August 2008 die effektive Kontrolle über die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien ausübt, dies auch durch seine militärische Präsenz. Der Gerichtshof entschied außerdem, dass Russland unter Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention georgische Kriegsgefangene gefoltert hat, georgische Zivilpersonen willkürlich in Haft genommen und getötet hat und für deren unmenschliche und erniedrigende Behandlung verantwortlich ist, dass es die Rückkehr ethnischer Georgierinnen und Georgier an ihre Heimstätten verhindert hat und dass es bei Tötungen von Zivilpersonen keine Ermittlungen angestellt hat. Wir fordern Russland auf, dem Urteil in vollem Umfang nachzukommen und somit unter anderem den Binnenvertriebenen die Rückkehr an ihre Heimstätten in Sicherheit und Würde zu ermöglichen. Wir nehmen auch die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs vom Juni 2022 zur Kenntnis, Haftbefehle wegen mutmaßlicher während der russischen Invasion 2008 begangener Kriegsverbrechen zu erlassen. Wir fordern Russland auf, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten.

Wir sind besorgt über die fortgesetzte Diskriminierung von Georgierinnen und Georgiern in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und über Rechtsverletzungen einschließlich schwerwiegender Einschränkungen der Rechte in Bezug auf Freizügigkeit, Bildung, Aufenthalt und Eigentum, insbesondere im Zusammenhang mit der Zerstörung der Häuser von Binnenvertriebenen. Wir rufen die Verantwortlichen dazu auf, internationalen Menschenrechtsorganisationen vollen und ungehinderten Zugang zu den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zu ermöglichen. Wir verurteilen die Entscheidung, Georgisch als Unterrichtssprache in den Schulen der von ethnischen Georgierinnen und Georgiern bewohnten Bezirke Gali und Achalgori in den georgischen Regionen Abchasien beziehungsweise Südossetien durch Russisch zu ersetzen. Wir verurteilen auch die Zerstörung und Veränderung georgischer Charakteristika an den georgischen Kulturdenkmälern in beiden Regionen.

Besonders besorgt sind wir über die fortgesetzte Errichtung von Stacheldrahtzäunen und anderen künstlichen Hindernissen entlang der Besatzungslinie und über die seit mehr als drei Jahren andauernde Schließung sogenannter Grenzübergänge an den Verwaltungsgrenzen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien. Die partielle und vorübergehende Wiedereröffnung der sogenannten Grenzübergänge an den Verwaltungsgrenzen um Südossetien bei Odsissi und Karsmani kann nicht als zufriedenstellend angesehen werden. Alle Grenzübergänge zu den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien müssen für alle georgischen Bürgerinnen und Bürger beiderseits der Trennlinien wieder geöffnet werden.

Die Isolation und die ständigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit haben die Lage vor Ort destabilisiert und die Sicherheit, das Wohlergehen und die humanitäre Situation der Zivilbevölkerung in den vom Konflikt betroffenen Gebieten stark beeinträchtigt, insbesondere im Bezirk Achalgori, wo Berichten zufolge die örtliche Bevölkerung unter Medikamenten- und Nahrungsmittelknappheit leidet und keinen Zugang zu Renten und zur lebenswichtigen Grundversorgung einschließlich der kostenlosen Gesundheitsversorgung in

den von der georgischen Regierung kontrollierten Gebieten hat. Dies schafft die Gefahr einer weiteren Entvölkerung des Bezirks Achalgori.

Wir sind nach wie vor höchst besorgt über die anhaltenden willkürlichen Inhaftnahmen an den Verwaltungsgrenzen und fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irakli Bebuia und allen anderen willkürlich Inhaftierten. Wir verurteilen die Inhaftierung von Kristine Takalandse, Asmat Tawadse, Mamuka Tschchikwadse und Kachaber Natadse.

Wir verurteilen die Ermordung der georgischen Staatsbürger Archil Tatunaschwili, Giga Otchosoria und Davit Bascharuli und fordern Russland auf, alle Hindernisse zu beseitigen, die der strafrechtlichen Verfolgung der Täterinnen oder Täter entgegenstehen. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unsere Unterstützung für die präventiven Schritte, mit denen Georgien der Straflosigkeit ein Ende setzen will, und nehmen Kenntnis von der von der georgischen Regierung angenommenen Otchosoria-Tatunaschwili-Liste.

Wir unterstützen die internationalen Genfer Gespräche als bestehendes Format, in dem gemeinsam mit der Russischen Föderation die Erfüllung der von der EU vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung sowie die durch den ungelösten Konflikt zwischen Russland und Georgien bedingten Sicherheits-, menschenrechtlichen und humanitären Herausforderungen behandelt werden können. Wir unterstreichen die Notwendigkeit von Fortschritten in den Kernfragen der Gespräche, etwa der Nichtanwendung von Gewalt, der Schaffung internationaler Sicherheitsvorkehrungen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien sowie der Sicherstellung der Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in Sicherheit und Würde im Einklang mit dem Völkerrecht. Wir unterstützen nachdrücklich die Anwendung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit bei den internationalen Genfer Gesprächen als Beitrag zu einem inklusiven und nachhaltigen Frieden und zu inklusiver und nachhaltiger Sicherheit vor Ort.

Wir bekunden unsere Unterstützung für die Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) in Ergneti und Gali und möchten unterstreichen, dass 2022 sechs Treffen in Ergneti stattgefunden haben. Die IPRM können bei der Verhinderung einer Eskalation und für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung vor Ort eine wichtige Rolle spielen. Wir bringen unsere große Besorgnis über die langandauernde Aussetzung des IPRM in Gali zum Ausdruck und fordern nachdrücklich, dass er ohne weitere Verzögerung und ohne Vorbedingungen im Einklang mit den grundlegenden Regeln wieder in Gang gesetzt wird.

Wir bekräftigen unsere vorbehaltlose Unterstützung für die Beobachtermission der EU und fordern Russland auf, dieser die uneingeschränkte Umsetzung ihres Mandats zu ermöglichen, unter anderem, indem es ihr Zugang auf beiden Seiten der Verwaltungsgrenzen gewährt.

Wir begrüßen den Multi-Stakeholder-Prozess der georgischen Regierung zur Entwicklung einer umfassenden „staatlichen Strategie zur Aufhebung der Besetzung und zur friedlichen Konfliktlösung“ und die strategische Überprüfung der Politik der Versöhnung und des Dialogs. Wir unterstützen die Friedensinitiative der georgischen Regierung „Ein Schritt in eine bessere Zukunft“, die das Ziel verfolgt, die humanitäre Lage und die sozioökonomischen Bedingungen der Menschen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zu verbessern und die Vertrauensbildung zwischen den geteilten Gemeinschaften zu fördern.

Wir drängen nachdrücklich darauf, dass tatkräftig an Programmen für Versöhnung und Dialog gearbeitet wird, und stehen dabei gerne unterstützend zur Seite.

Wir ermutigen die OSZE dazu, sich in den Prozess der Suche nach einer friedlichen Lösung für den Konflikt zwischen Russland und Georgien einzubringen. Wir bedauern, dass das Mandat der OSZE-Mission in Georgien aufgrund der Weigerung Russlands, sich dem Konsens anzuschließen, 2009 ausgelaufen ist. Wir ermutigen die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu, die Wiedereinsetzung der dimensionenübergreifenden OSZE-Mission in Georgien zu beschließen, einschließlich einer Beobachtungskapazität, die es der Mission ermöglicht, uneingeschränkt über die Verwaltungsgrenzen hinweg zu operieren. Die Wiedereinsetzung der Mission würde die Einbindung der OSZE bei den internationalen Gesprächen in Genf und den IPRM erheblich stärken. Darüber hinaus würde die neuerliche Einrichtung einer Feldmission die Arbeit der OSZE in sämtlichen Phasen des Konfliktzyklus unterstützen.

Die Gruppe der Freunde Georgiens wird weiterhin das Bewusstsein für den Konflikt und die Entwicklungen vor Ort schärfen, Russlands Verantwortung für seine Verpflichtungen und Zusagen einmahnen und sich für eine friedliche Lösung des Konflikts stark machen.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION (AUCH IM NAMEN VON BELARUS)

(Anhang 10 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

In Bekräftigung des Bekenntnisses zur Entwicklung von freundschaftlichen, gleichberechtigten und für alle Seiten vorteilhaften Beziehungen zwischen den Staaten im euro-atlantischen und eurasischen Raum und zur Idee der Schaffung einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft auf den Grundlagen vereinbarter Prinzipien, gemeinsamer Verpflichtungen und Ziele,

unter Betonung der Notwendigkeit, die zentrale koordinierende Rolle der Vereinten Nationen in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu bewahren und die übergeordnete Rolle des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit und bei der Erleichterung der Lösung internationaler Probleme weiter zu stärken,

geleitet von der Notwendigkeit, das grundlegende Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit einzuhalten und zu achten, wobei keinem Staat, keiner Staatengruppe oder Organisation mehr Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Stabilität als anderen zukommt oder einer/eine die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer festigt,

bestätigen wir die Wichtigkeit der Erhaltung der OSZE als regionales gesamt-europäisches Forum, das auf der Grundlage der Konsensregel und des Prinzips der souveränen Gleichheit der Staaten tätig ist, im Interesse der Stärkung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten;

sind wir von der Notwendigkeit überzeugt, die Wirksamkeit der OSZE zu erhöhen sowie Doppelmoral und geografische und thematische Ungleichgewichte bei ihren Aktivitäten zu beseitigen;

sind wir der Auffassung, dass der amtierende Vorsitz, die Generalsekretärin und alle Durchführungsorgane der OSZE die Geschäftsordnung und die anderen Beschlüsse der Beschlussfassungsorgane bedingungslos befolgen und sich an die Prinzipien der Unparteilichkeit, Transparenz und Rechenschaftspflicht halten sollten;

setzen wir uns für die Förderung einer positiven Agenda ein, für die Offenheit, die schwierigsten Fragen und Herausforderungen zu erörtern, und für ein Bekenntnis zum ideologiefreien, pragmatischen Dialog zur Lösung gemeinsamer Sicherheitsprobleme, was insbesondere Folgendes umfasst:

- gemeinsame Bemühungen um die Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen auf einer gleichberechtigten Grundlage, in erster Linie des internationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität, der illegalen Migration, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Bedrohungen für die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologien, des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und mit Drogen sowie des Menschenhandels,

- Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit im Umgang mit den Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich im OSZE-Raum, Ausbau der Zusammenarbeit, frei von Protektionismus und Diskriminierung, in den Bereichen Verkehr, Energie, Handel und Tourismus, Stärkung der Konnektivität und Gewährleistung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bürgerinnen und Bürger,
- Achtung der Vielfalt der zivilisatorischen, kulturellen und historischen Modelle der OSZE-Teilnehmerstaaten, wobei die Konzepte des Exzeptionalismus und der Überlegenheit einiger Teilnehmerstaaten gegenüber anderen als unzulässig erachtet werden,
- Förderung und Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und bedingungslose Achtung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und anderer ethnischer Gruppen,
- Intensivierung der Bemühungen um die Bekämpfung aller Formen von rassistischer, ethnischer und religiöser Diskriminierung, Antisemitismus, Christianophobie, Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit, Formen des aggressiven Nationalismus und Neonazismus und um die Bekämpfung von Diskriminierung in Sport, Kultur, Bildung und Wissenschaft,
- Wahrung und Förderung der Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger und menschlicher Kontakte, des freien Verkehrs von Waren und Kapital ohne jedwede ideologische, politische oder durch Sanktionen bedingten Beschränkungen, Trennlinien, Doppelmoral, nicht offenen politisch-militärischen oder politisch-wirtschaftlichen Bündnisse und ohne die einseitige Förderung der eigenen Interessen auf Kosten der Interessen von anderen im OSZE-Raum,
- gemeinsame Bemühungen um die Aufrechterhaltung eines offenen und sicheren weltweiten Informationsraums frei von politischer Zensur und Unterdrückung abweichender Meinungen.

Andere OSZE-Teilnehmerstaaten und die Kooperationspartner sind eingeladen, sich dieser Erklärung anzuschließen.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

(Anhang 11 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Herr Vorsitzender,

zuallererst möchte ich Polen für seine herzliche Gastfreundschaft bei dem diesjährigen Ministerratstreffen danken. Kanada möchte ebenfalls – zusätzlich zu den gemeinsamen Erklärungen, die auch im Namen Kanadas erfolgten – eine Schlusserklärung in eigenem Namen abgeben.

Auch wenn wir aus Łódź abreisen, ohne einen Beschluss gefasst zu haben, so verabschieden wir uns doch mit einem Gefühl der überwältigenden Einigkeit: einer überwältigenden Einigkeit in der Verurteilung von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und einer überwältigenden Einigkeit darin, wie wichtig es ist, zusammenzustehen, um die OSZE und ihre Prinzipien zu verteidigen.

Die OSZE bietet uns ein großartiges Spektrum an Instrumenten zur Konfliktverhütung und zur Schaffung von Sicherheit. Wie viele in den vergangenen zwei Tagen festgestellt haben, sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht auf ein Versagen der OSZE als Institution zurückzuführen, sondern darauf, dass einige Staaten sich auf eklatante Weise weigern, die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und ihre OSZE-Verpflichtungen einzuhalten. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist das bei weitem ungeheuerlichste Beispiel dafür.

Damit wir, die OSZE-Teilnehmerstaaten, alle bei der Einhaltung unserer Verpflichtungen unterstützt werden, müssen wir dem Sekretariat und den autonomen Institutionen, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Beauftragten für Medienfreiheit und dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten die Möglichkeit geben, ihre Mandate zu erfüllen. Kein Teilnehmerstaat sollte in der Lage sein, den Haushalt der OSZE oder die Mandate ihrer Feldmissionen einseitig zu blockieren. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Ruf nach einer OSZE-Präsenz von dem Gastland selbst kommt.

Ich möchte erneut den Dank von Ministerin Joly und den Dank Kanadas an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OSZE dafür zum Ausdruck bringen, dass sie mit Kreativität, Entschlossenheit und Widerstandskraft unter derart schwierigen Umständen das Mandat der Organisation hochgehalten haben.

Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit Nordmazedonien als Vorsitz im kommenden Jahr und bedauern, dass aufgrund des Einspruchs Russlands kein Beschluss über den Vorsitz im Jahr 2024 verabschiedet wurde.

Herr Vorsitzender,

ich möchte auch die gestrige Bemerkung von Ministerin Joly wiederholen:
„Contrairement aux allégations du ministre Lavrov, c'est la Russie qui a refusé le dialogue. La Russie a non seulement fracassé la confiance entre les États participants de cette organisation, mais aussi à l'échelle mondiale.“ Entgegen den Behauptungen von Minister

Lawrow ist es Russland, das den Dialog verweigert. Das Vorgehen Russlands hat das Vertrauen nicht nur zwischen den Teilnehmerstaaten in dieser Organisation, sondern weltweit erschüttert. Der Weg zu einem sinnvollen Dialog ausgehend von derartigen Aktionen wird lang und schwierig sein, und die OSZE wird dabei als wichtige Plattform dienen.

Kanada möchte abschließend Ihnen und dem gesamten polnischen Vorsitz aufrichtig für Ihre Bemühungen in diesem Jahr danken. Es war ein äußerst schwieriges Jahr, und Kanada zollt Ihnen für Ihre entschlossene und prinzipientreue Vorsitzführung höchste Anerkennung. Dafür gebührt Ihnen, Botschafter Hałaciński, und Ihrem hervorragenden Team unsere aufrichtige Bewunderung und Dankbarkeit.

Danke.

Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieses Ministertreffens.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

(Anhang 12 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

„Die Delegation der Russischen Föderation hat sich dem Konsens zum Beschluss des Ständigen Rates über die Verabschiedung der Tagesordnung des neunundzwanzigsten Treffens des Ministerrats der OSZE angeschlossen, möchte allerdings ihr tiefes Bedauern darüber ausdrücken, dass es dem Gastgeberland, das mit der Funktion des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE betraut ist, erstmals in der Geschichte der Organisation nicht gelungen ist, eine gleichberechtigte Teilnahme der Ministerinnen und Minister aller Teilnehmerstaaten ohne Diskriminierung sicherzustellen.

Die willkürliche Entscheidung der polnischen Behörden, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation die Teilnahme am Treffen des Ministerrats in Łódź zu verweigern, macht die Verabschiedung jedweder substanziellen Beschlüsse auf dem bevorstehenden Ministertreffen unmöglich und untergräbt ernsthaft das Potenzial der OSZE als Plattform für einen breiten politischen Dialog auf hoher Ebene.

Wir gehen davon aus, dass künftige OSZE-Vorsitze keine derart unverantwortlichen Schritte setzen werden, die der Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der Organisation abträglich sind.

Ich ersuche, diese Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates aufzunehmen.“

ERKLÄRUNG DER OSZE-TROIKA

(MC.DEL/31/22 vom 2. Dezember 2022)

Wir, die Außenminister Schwedens, Polens und Nordmazedoniens, die den vorhergehenden, den derzeitigen und den künftigen Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vertreten, sind alarmiert über die beispiellosen Verstöße gegen die grundlegenden Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Anwendung von Gewalt und Zwang zur Veränderung von Grenzen im einundzwanzigsten Jahrhundert keinen Platz hat. Wir bringen erneut unser uneingeschränktes Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen und zu allen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen, angefangen bei der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris für ein neues Europa, der Europäischen Sicherheitscharta und zu allen anderen von uns vereinbarten OSZE-Dokumenten zum Ausdruck.

Die Aggression Russlands gegen die Ukraine stellt die schwerste Bedrohung der europäischen Sicherheit seit dem Zweiten Weltkrieg dar und ist eine ernste Gefahr für den OSZE-Raum. Wir messen der OSZE als einzigartiger und bewährter regionaler Sicherheitsorganisation, die das ganzheitliche Konzept der unteilbaren und umfassenden Sicherheit fördert und in deren Mittelpunkt Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen, große Bedeutung bei. Die jüngsten und fortgesetzten Verstöße gegen gemeinsame Verpflichtungen haben das gegenseitige Vertrauen, das wir in den letzten fünfzig Jahren aufgebaut haben, auf einen historischen Tiefpunkt sinken lassen. Dennoch sind wir nach wie vor davon überzeugt, dass die OSZE mit ihrem einzigartigen Instrumentarium zur Konfliktbewältigung und ihrer umfassenden Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft weiterhin aktuell ist und in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Wiederherstellung des Vertrauens in unserer Region spielen wird.

Russland trägt die volle Verantwortung für den Krieg und wird letztlich für alle seine gegen die Ukraine und das ukrainische Volk gerichteten schändlichen Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden. Das Vorgehen Russlands verstößt aufs Größte gegen das Völkerrecht, einschließlich der VN-Charta und der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Wir verurteilen die durch nichts provozierte und durch nichts gerechtfertigte Aggression Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste. Wir fordern die Russische Föderation nachdrücklich auf, ihre militärischen Aktionen unverzüglich, vollständig und bedingungslos einzustellen und alle ihre Streitkräfte aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzuziehen. Wir fordern die belarussischen Behörden auf, die anhaltende Aggression Russlands nicht länger zu unterstützen. Dass Belarus zulässt, dass sein Hoheitsgebiet als Aufmarschgebiet für Angriffe gegen die Ukraine dient, stellt an sich schon einen Akt der Aggression dar.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol. Wir verurteilen aufs Schärfste, dass die Russische Föderation in Regionen innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine rechtswidrige sogenannte Referenden abhält, mit denen sie versucht, ihre widerrechtliche Annexion der ukrainischen Regionen Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja zu legitimieren. Diese rechtswidrigen Handlungen der Russischen Föderation

haben keine völkerrechtliche Gültigkeit und können und werden keine Rechtfertigung für eine Änderung des Status dieser Regionen der Ukraine sein.

Wir sind zunehmend alarmiert über die sich verschlechternde humanitäre Lage in der Ukraine. Insbesondere sind wir zutiefst besorgt über die große Zahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung, darunter auch Frauen und Kinder, und über die stark wachsende Zahl von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, die dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Wir bedauern die verheerenden humanitären Folgen der Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur durch die russischen Streitkräfte. Dazu gehören der Beschuss dicht besiedelter Gebiete sowie gezielte Angriffe, insbesondere auf Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Wasser- und Abwassersysteme, das Stromnetz, medizinische Einrichtungen und Kulturstätten. Sowohl wahllose Angriffe als auch vorsätzliche Angriffe gegen die Zivilbevölkerung sind nach dem humanitären Völkerrecht verboten und stellen Kriegsverbrechen dar.

Es ist erschütternd zu sehen, dass erneut ein Krieg Verwüstungen auf europäischem Boden, in der Ukraine, anrichtet. Wir sind entsetzt über die zahlreichen Gräueltaten, die von den russischen Streitkräften in den letzten neun Monaten begangen wurden. Die Welt wird diese Taten nicht ignorieren noch deren Opfer vergessen. Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung, unrechtmäßige Deportation und sexuelle Gewalt stellen Kriegsverbrechen dar. Die konsequente Missachtung der Menschenrechte und des humanitären Rechts durch die Russische Föderation ist inakzeptabel. Solche Handlungen verstoßen in eklatanter Weise gegen das Völkerrecht, die VN-Charta und die Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE. Wir unterstützen uneingeschränkt alle Maßnahmen, die sicherstellen, dass die für diese schwerwiegenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, wobei auch die im Rahmen der OSZE verfügbaren Instrumente zu nutzen sind. Die Täterinnen und Täter müssen wegen dieser schweren Verbrechen vor Gericht gestellt werden.

Wir fordern Russland auf, die drei in Donezk und Luhansk festgehaltenen örtlichen OSZE-Mitarbeiter unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Wir verurteilen die von den russischen Streitkräften an Kriegsgefangenen begangenen Gräueltaten. Alle Kriegsgefangenen sollten in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, einschließlich der Genfer Konventionen, behandelt werden.

Wir bedauern zutiefst, dass aufgrund der Haltung der Russischen Föderation kein Konsens über die Verlängerung der Mandate der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine erzielt werden konnte. Beide Feldoperationen waren ein wesentlicher Bestandteil der Bemühungen der OSZE zur Unterstützung der Ukraine. Wir befürworten die Fortsetzung der Arbeit der OSZE in der Ukraine und begrüßen die Bemühungen, die darauf abzielen, der OSZE ihre Befähigung, in der Ukraine – unter anderem durch das OSZE-Unterstützungsprogramm für die Ukraine – tätig zu werden, auch in Zukunft zu erhalten.

Die Aggression Russlands gegen die Ukraine hat globale Auswirkungen. Die negativen Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherheit liegen auf der Hand, und die Machenschaften im Zusammenhang mit Lebensmittellieferungen an Bedürftige und deren Zurückhalten sind völlig inakzeptabel. Wir fordern Russland dringend auf, die Getreideinitiative der Vereinten Nationen im Schwarzmeerraum nach Treu und Glauben umzusetzen. Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über die nuklearen Drohungen Russlands sowie über

die anhaltende Besetzung und die militärischen Aktionen auf dem Gelände des Kernkraftwerks Saporischschja und in dessen Umgebung, die die Bevölkerung eines ganzen Kontinents in Gefahr bringen.

Wir sind uns der destabilisierenden regionalen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine und ihrer Folgen für die Sicherheitslage im Allgemeinen nur allzu bewusst. Die jüngsten Vorfälle, die die Souveränität der Republik Moldau untergraben, geben Anlass zu besonderer Besorgnis. Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung und unser Eintreten für die Souveränität und territoriale Integrität der Republik Moldau und Georgiens. Wir stehen weiterhin bereit, die Bemühungen um eine friedliche, demokratische und blühende Zukunft für den Südkaukasus zu unterstützen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Entscheidung Armeniens und Aserbaidschans, ihren Dialog zu intensivieren. Wir unterstreichen auch die Bedeutung der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität in Südosteuropa.

Angesichts der dramatischen Verschlechterung der Sicherheit im OSZE-Raum unterstützen wir mit Nachdruck die Arbeit der Generalsekretärin, der OSZE-Strukturen und -Institutionen, einschließlich des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Beauftragten für Medienfreiheit und des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten. Wir begrüßen auch den von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vertretenen prinzipienfesten Standpunkt. Wir schätzen alle ihre Bemühungen, sich mit den Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine auseinanderzusetzen. Wir anerkennen und schätzen ihre wichtige Arbeit zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der weiteren Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen. Schließlich sind wir dankbar für die wirkungsvolle Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien und sind nach wie vor von ihrem Wert für die Bewältigung globaler Herausforderungen überzeugt.

SCHLUSSERKLÄRUNG DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE

(MC.DEL/29/22 vom 2. Dezember 2022)

Verehrte Ministerinnen und Minister,
sehr geehrter Frau Generalsekretärin,
Exzellenzen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

unsere Organisation bezieht ihre Stärke aus der Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit ihrer Mitglieder und deren Bekenntnis zu ihren Grundprinzipien.

Es hängt somit von den Teilnehmerstaaten ab, ob die OSZE überleben und letzten Endes Erfolg haben wird.

Gustav Radbruch, ein bekannter Rechtsphilosoph, sagte einmal, dass die erste große Aufgabe des Rechts der Friede sei.

Gleichzeitig sind wir uns jedoch nach den Worten von Alexis de Tocqueville bewusst, dass die der menschlichen Natur innewohnende Schwäche oft die Einhaltung der Gesetze beeinträchtigt.

Regeln zu brechen, bedeutet allerdings nicht, sie außer Kraft zu setzen.

Ein Recht zu verletzen, macht es nicht weniger gültig.

Es gibt objektive Grenzen, die selbst durch den Willen eines ganzen Volkes nicht überschritten werden dürfen.

Damit möchte ich im Wesentlichen sagen: Wenn diese Organisation erfolgreich sein soll, darf keiner zukünftigen Vorsitze und friedliebenden Staaten die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris verraten.

Ich möchte an dieser Stelle aus meinen persönlichen Erfahrungen berichten.

Sowohl die Schlussakte als auch die Charta gehören nicht allein den Diplomatinen und Diplomaten und Politikerinnen und Politikern.

Aus der Verabschiedung dieser Dokumente und der Stärke der darin festgelegten Prinzipien haben viele Völker Ost- und Mitteleuropas Hoffnung geschöpft.

Helsinki versprach, dass die sowjetische Vorherrschaft ein Ende nehmen und die unterjochten Völker ihr Recht zurückerlangen würden, frei über ihre Zukunft zu bestimmen.

Der Geist von Helsinki war auch der Geist der Solidarność-Bewegung – jener Bewegung, die meinem Heimatland die Freiheit brachte.

Von Paris ging schließlich die Hoffnung auf eine erfolgreiche Transformation Europas aus, die es vereinen, frei machen und ihm Frieden bringen würde, wie US-Präsident Bush 1989 in Mainz sagte.

Die Botschaft von Paris hat mein Volk zu seiner souveränen Entscheidung ermutigt, seine Zukunft eng mit der Gemeinschaft der demokratischen Staaten zu verbinden, die an die regelbasierte internationale Ordnung glauben und diese unterstützen.

Ähnliche Entscheidungen, die von einer Gruppe ehemaliger Satellitenstaaten der Sowjetunion getroffen wurden, beendeten schließlich die Teilung Europas durch den Kalten Krieg.

So stark kann das Recht sein, wenn die Staaten sich nur zu seiner Achtung bekennen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe keinen Zweifel daran, dass es in den kommenden Jahren für diese Organisation äußerst schwierig sein wird, ihr Mandat zu erfüllen.

Anders als in der Vergangenheit gibt es heute Teilnehmerstaaten, die nicht das Ziel verfolgen, Spannungen abzubauen und für grundlegende Berechenbarkeit in militärischen Angelegenheiten in Europa zu sorgen.

Und wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dass auch nur irgendein Fortschritt in dieser Dimension möglich ist, solange der derzeitige Konflikt nicht auf international anerkannte Weise – in vollem Einklang mit dem Völkerrecht und unter vollständiger Achtung des Willens des ukrainischen Volkes – beigelegt wird.

Ich glaube daher, dass die nächste große Aufgabe für die OSZE darin besteht, ihre Tätigkeit in der menschlichen und wirtschaftlichen Dimension, einschließlich in Umweltfragen, auszubauen.

Die Achtung der Menschenrechte trägt in der Tat zu Frieden und Stabilität bei.

Deshalb haben wir, nachdem Russland das diesjährige Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension verhindert hat, jüngst gemeinsam mit dem Büro der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte die Warschauer Konferenz zur menschlichen Dimension abgehalten.

Meiner Ansicht nach war diese Veranstaltung ein Erfolg und ein wichtiger Schritt in der Zusammenarbeit der OSZE mit der Zivilgesellschaft.

Ich hoffe, dass diese Organisation weiterhin ihre menschliche Dimension nutzen wird, um für das Leben aller Unterdrückten, die um die Achtung ihrer grundlegenden Rechte und ihrer Freiheit kämpfen, positive Veränderungen zu bewirken.

Doch wir müssen auch in der wirtschaftlichen Dimension mehr tun.

Insbesondere der Klimawandel stellt eine allgemeine Bedrohung dar, die sowohl Einzelpersonen als auch Staaten betreffen kann und mehr Instabilität und weitere Krisen mit sich bringt.

Die Zusammenarbeit in diesen Fragen ist von größter Bedeutung, wenn wir den Menschen in unseren Staaten beweisen wollen, dass Diplomatie etwas bewirken und das tägliche Leben verändern kann. Wenn wir wollen, dass diese Organisation weiterhin als unerlässlicher Bestandteil der rechtlichen und politischen Ordnung in Europa anerkannt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir, abschließend erneut die zentrale Bedeutung der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris zu betonen.

Sie müssen weiterhin wie ein Licht die Dunkelheit erhellen.

Als Wegweiser für uns, geben sie auch eine klare Richtung vor, so wie ein Leuchtturm für diejenigen, die der Finsternis entfliehen wollen.

Die Bewahrung von Frieden und Sicherheit, Dialog und Zusammenarbeit und die menschliche Dimension der OSZE sind die Eckpfeiler dieser Organisation.

Sie sind unverhandelbare Grundfesten, von wesentlicher Bedeutung für unsere bessere Zukunft, die, – davon bin ich fest überzeugt – kommen wird.

Diesem Weg treu zu bleiben, halte ich für das Vermächtnis des polnischen amtierenden Vorsitzes und dieser Organisation.

Ich fordere Sie eindringlich auf, diesen Weg nicht zu verlassen.

Ich möchte denjenigen, die den Vorsitz in dieser schwierigen Zeit unterstützt haben, persönlich danken:

- Helga-Maria Schmid, der Generalsekretärin der OSZE, und dem OSZE-Sekretariat;
- Margareta Cederfelt, der Präsidentin, sowie den Mitgliedern und dem Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der OSZE;
- Matteo Mecacci, Teresa Ribeiro und Kairat Abdrakhmanov, die die Leitung der autonomen OSZE-Institutionen innehaben;
- den Leiterinnen und Leitern der OSZE-Feldoperationen und meinen Persönlichen und Sonderbeauftragten;
- Ann Linde, Tobias Billström und Bujar Osmani, meinen Troika-Kollegen;
- allen meinen Kolleginnen und Kollegen, Ministerinnen und Ministern, Botschafterinnen und Botschaftern und Diplomatinen und Diplomaten;
- und zu guter Letzt dem hervorragenden Team des Konferenz- und Sprachendienstes.

Ich wünsche Nordmazedonien als nächstem Vorsitz dieser Organisation viel Erfolg.

Danke.

II. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

BERICHT
DER GENERALEKRETÄRIN AN DAS NEUNUNDZWANZIGSTE
TREFFEN DES MINISTERRATS DER OSZE

(MC.GAL/4/22 vom 5. Dezember 2022)

Herr Präsident,
Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

letztes Jahr habe ich in Stockholm meine erste Rede als Generalsekretärin vor dem OSZE-Ministerrat gehalten. Ich war optimistisch im Hinblick auf die großartige Arbeit dieser Organisation und ihr Potenzial. Natürlich gab es auch Herausforderungen und, wie üblich, viel Raum für Verbesserungen. Ich habe der Ehrfurcht und Dankbarkeit Ausdruck verliehen, die ich der großartigen Arbeit entgegenbringe, die diese Organisation jeden Tag für so viele Menschen in unserer Region leistet.

Diese Ehrfurcht und Dankbarkeit empfinde ich nach wie vor. Und doch steht dieses Jahr im Zeichen einer anderen Art der Furcht – zur Ehrfurcht gesellten sich Furcht und Schrecken. Keine Rede mehr von ehrfürchtigem Staunen, sondern blanke Fassungslosigkeit, Erschütterung, Bestürzung.

Der Krieg, den die Russische Föderation am 24. Februar gegen einen Nachbar- und anderen Teilnehmerstaat – die Ukraine – entfesselt hat, ist in unserer heutigen Zeit einfach unfassbar. Er hat das Vertrauen in die regelbasierte Ordnung erschüttert, die über so viele Jahrzehnte hinweg für relative Berechenbarkeit und Stabilität sorgte.

Der Krieg hat verheerende Auswirkungen für die Ukraine und ihre Bevölkerung. Für ihre Nachbarn. Für die Region. Für die ganze Welt. Und er hatte verheerende Auswirkungen auf diese Organisation und die wichtige Arbeit, die wir leisten.

Das war keineswegs unabwendbar.

Rufen wir uns in Erinnerung, dass diese Organisation aus der Konfrontation geboren wurde. Wir waren und sind keine Organisation von Gleichgesinnten. Wir sind mitten im Kalten Krieg entstanden – nicht etwa an seinem Ende.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa brachte nicht Verbündete, sondern Rivalen an einen Tisch – mit dem Ziel, Konflikte zu bewältigen, Wege zum Abbau von Spannungen zu finden, das Vertrauen zu stärken und aufzubauen und eine gemeinsame Basis für Zusammenarbeit zu finden. Dafür sind wir da. Dafür arbeiten wir. Und so haben wir fast fünfzig Jahre lang gearbeitet – nicht immer perfekt, aber dennoch mit Erfolg.

Doch in diesem Jahr hat sich ein Teilnehmerstaat allen Anstrengungen zum Trotz, ihn davon abzuhalten, für Gewalt statt Dialog und Zusammenarbeit entschieden. Das ist kein Versagen dieser Organisation, sondern der Verrat eines ihrer Mitglieder.

Angesichts dieses Krieges – und alle meine Vorrednerinnen und Vorredner haben auf die vielen Gräueltaten hingewiesen, die er mit sich brachte – war die überwältigende Reaktion der meisten OSZE-Teilnehmerstaaten eine entschiedene Verurteilung des Krieges und das unerschütterliche Bekenntnis zu den Prinzipien von Helsinki.

Frau Präsidentin – Sie haben gesagt, dass viele Signale ausgesandt wurden, und Sie haben Recht damit.

Als die Spannungen zunahmen, habe ich im Ständigen Rat wiederholt meine tiefe Besorgnis über den militärischen Aufmarsch an den Grenzen zur Ukraine zum Ausdruck gebracht. Ich habe eine offizielle Frühwarnung ausgesprochen – ein Instrument, das in der Geschichte der OSZE bisher nur zweimal zum Einsatz kam.

Zu diesem Zeitpunkt war die Sonderbeobachtermission noch vor Ort und erfüllte dort ihre Aufgabe, und 40 Länder leisteten ihren Beitrag dazu. Ich bin Ihnen allen dankbar, dass Sie die Sonderbeobachtermission all die Jahre unterstützt haben, und ich danke allen Frauen und Männern, die sich in den Dienst dieser wichtigen Mission gestellt haben.

Damals bat uns die Ukraine, zu bleiben – und wir sind geblieben.

Die Zeit unmittelbar nach dem Einmarsch am 24. Februar war traumatisch. Glücklicherweise ist es uns gelungen, unser gesamtes internationales Personal sicher herauszuholen. Und auch wenn wir unsere einheimischen männlichen Kollegen aufgrund des Kriegsrechts nicht evakuieren konnten, haben wir doch vielen unserer lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geholfen, an einen anderen Ort innerhalb des Landes zu ziehen. Wir haben unsere Kräfte gebündelt und waren rund um die Uhr im Einsatz, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Tragischerweise wurde eine unserer einheimischen Kolleginnen während des Artilleriefeuers auf Charkiw getötet; später wurden mehrere nationale Missionsmitglieder in Donezk und Luhansk widerrechtlich festgenommen.

Ich bin dankbar, dass es uns gelungen ist, einige von ihnen freizubekommen, aber drei von ihnen werden trotz unserer Bemühungen um ihre Freilassung seit April nach wie vor widerrechtlich festgehalten.

Ich versichere Ihnen, dass ich mich weiterhin für ihre Freilassung einsetzen werde – und ich bin vielen von Ihnen für Ihre anhaltende tatkräftige Unterstützung dankbar.

Neben der Sonderbeobachtermission hat auch der Projektkoordinator in der Ukraine das Land fast drei Jahrzehnte hindurch unterstützt – in Zusammenarbeit mit der Regierung und der Zivilgesellschaft hat er sich mit verschiedenen Herausforderungen von Umweltzerstörung bis hin zur Medienfreiheit befasst.

Seit dem 31. Oktober sind beide Missionen zur Gänze beendet – nicht aus Sicherheitsgründen, sondern weil die Russische Föderation mit ihrer Haltung den Konsens zu den beiden Mandaten blockierte. Viele Teilnehmerstaaten haben jedoch deutlich gemacht, dass die Unterstützung, die die OSZE über so viele Jahre hinweg geleistet hatte, nicht wegfallen

sollte. Und so wurde am 1. November das neue, vollständig von Gebern finanzierte Unterstützungsprogramm für die Ukraine aufgenommen, um diese wichtige Unterstützung in allen drei Dimensionen fortzusetzen.

Wir haben an die 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort – und Botschafter Villadsen ist als Sonderbeauftragter wieder zurück in der Ukraine. Dieses Programm steht für eine neue und innovative Arbeitsweise. Es ist auch ein unmissverständliches Signal an all jene, die angesichts potenzieller Blockaden an der Fähigkeit der OSZE zweifeln, Ergebnisse zu erzielen, ein Signal, das zeigt, dass wir stets einen Weg finden.

Das Konsensprinzip ist eine Stärke dieser Organisation. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass es dazu missbraucht wird, eine Unterstützung zu blockieren, um die ein Teilnehmerstaat selbst ersucht hat.

Es sind schwarze Tage, manche sprechen gar von einer Lähmung der OSZE, aber wir dürfen dabei nicht außer Acht lassen, welche wichtige Arbeit die OSZE in unserer Region weiterhin leistet. Und hier haben meine Ehrfurcht und meine Dankbarkeit, von der ich auf dem letztjährigen Treffen sprach, nach wie vor Gültigkeit. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – im Sekretariat, in unseren Institutionen und in unseren Feldmissionen – leisten trotz der schwierigen Umstände, unter denen sie tätig sind, weiterhin hervorragende Arbeit.

Wie ich das ganze Jahr hindurch nicht müde wurde zu betonen, ist und bleibt die Ukraine eine Priorität, doch sind die Auswirkungen des Krieges weit über die Grenzen des Landes hinaus zu spüren. Und wir sind sowohl verpflichtet dazu als auch prädestiniert dafür, in der gesamten Region Unterstützung zu leisten.

Massiv sind die Auswirkungen in der Republik Moldau, wo durch die Angriffe auf die Ukraine auch die Stromversorgung lahmgelegt wurde. Unsere speziell auf Moldau zugeschnittene Unterstützung wird fortgesetzt und ausgebaut. Wir sind dort die einzige Organisation, die den Sicherheitsdialog unterstützt und regelmäßige Treffen zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus Chişinău und Tiraspol ermöglicht. Und dieses Engagement hat sich in diesem Jahr noch verstärkt.

Die Auswirkungen des Krieges bekommt auch Zentralasien zu spüren – sei es bei den Energiepreisen, der Inflation, der Ernährungsunsicherheit oder in Form anderer destabilisierender Faktoren.

Letztes Jahr habe ich in Stockholm konkrete Ideen vorgestellt, wie wir unseren Teilnehmerstaaten, insbesondere denen in Zentralasien, dabei helfen können, die Instabilität nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan zu bewältigen – Ideen, die Sie alle unterstützt haben. Seither haben wir begonnen, eine Reihe von Projekten umzusetzen, um dieses Problem anzugehen.

Ich bin dieses Jahr zweimal nach Zentralasien gereist – zuletzt vor zwei Wochen nach Usbekistan. Ich hatte Treffen mit Ministerinnen und Ministern und Vertreterinnen und Vertretern der obersten Führungsebene aus allen fünf zentralasiatischen Staaten. Es ist offensichtlich, dass die Arbeit, die wir leisten – in den Bereichen Konnektivität, Grenzsicherheit, wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen und vielen mehr – greifbare Ergebnisse zeitigt.

Letztes Jahr haben Sie in Stockholm auch einen wegweisenden Beschluss gefasst, mit dem die OSZE beauftragt wurde, ihre Arbeit zum Klimawandel zu verstärken, nicht zuletzt um die regionale Zusammenarbeit zu unterstützen. In Südosteuropa ist unsere Arbeit im Sharrit-/Šar-Gebirge eines der ersten Beispiele in der Region für gemeinsame Lösungen für Klimakrisen. Wir haben hier in Łódź eine Nebenveranstaltung zum Klimawandel in Gebirgsregionen – eine Herausforderung, die viele unserer Teilnehmerstaaten betrifft.

Und am 17. März werde ich in Wien eine Ministerkonferenz zum Thema Klima ausrichten, auf der wir unsere Arbeit zu Klima und Sicherheit noch weiter ausbauen werden. Ich freue mich darauf, Sie alle dort zu sehen.

Wir arbeiten mit Regierungen, Technologieunternehmen und der Zivilgesellschaft zusammen, um die positive Kraft der Technologie für die Bekämpfung des Menschenhandels nutzbar zu machen – die OSZE ist auf der internationalen Bühne wirklich ein Vorreiter.

Wir arbeiten mit Ihren Regierungen und der Zivilgesellschaft zusammen, um demokratische Prozesse und Menschenrechte zu unterstützen, nationale Minderheiten zu schützen und die Medienfreiheit zu gewährleisten. Ich möchte Matteo Mecacci, Teresa Ribeiro, Kairat Abdrakhmanov und ihren Teams meine Anerkennung für ihre unermüdliche Arbeit und unsere ausgezeichnete Zusammenarbeit aussprechen. Sie arbeiten wirklich nach dem ganzheitlichen Ansatz der OSZE, und ich bin stolz auf das, was wir gemeinsam erreichen. Ich bin sehr dankbar für unsere Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung, mit ihrer Präsidentin und mit ihrem Generalsekretär Roberto Montella.

Bei allem, was wir tun, berücksichtigen wir die Genderperspektive, und unsere Arbeit an der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit reicht von der Verhütung sexueller Gewalt in Konflikten bis zur Unterstützung von Frauen als Wegbereiterinnen des Wandels.

Nach unserem Treffen im vergangenen Dezember habe ich die Vernetzungsplattform für weibliche Führungskräfte ins Leben gerufen, um Frauen zu unterstützen, die in der Friedenskonsolidierung, Konfliktlösung und Mediation tätig sind. In diesem Zusammenhang habe ich im September ein Mentoring-Programm mit Teilnehmerinnen unter anderem aus der Ukraine, aus Afghanistan und Georgien ins Leben gerufen.

Wir arbeiten mit der Zivilgesellschaft zusammen – und so habe ich mich gefreut, gestern ein Treffen mit der Plattform für zivile Solidarität zu haben.

Wir arbeiten sowohl mit den Strafverfolgungsbehörden als auch mit der Jugend zusammen, um mitzuhelfen, dass junge Menschen weniger leicht dem Terrorismus oder der organisierten Kriminalität verfallen.

Bevor ich zum Schluss komme, noch ein Wort zum Haushalt. Zu Ende dieses Jahres haben wir immer noch keinen vereinbarten Haushalt, wiewohl ich dem polnischen Vorsitz für seine diesbezüglichen Bemühungen sehr dankbar bin.

Ein auf monatlichen Mittelzuteilungen auf der Grundlage der Kosten von 2021 basierender Arbeitsbetrieb ist unhaltbar.

Wir haben bereits jetzt Schwierigkeiten, Personal zu finden und zu halten. Was das örtliche Personal bei unseren Missionen betrifft, so stehen in vielen Fällen unsere Gehälter

nicht im Einklang mit dem Gehaltsschema der Vereinten Nationen und sind daher nicht wettbewerbsfähig – insbesondere angesichts der steigenden Inflation.

Wenn ich mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Außenstellen spreche, höre ich immer, dass sie ihre Arbeit lieben. Sie sehen, dass sie etwas bewirken. Sie wollen bleiben. Aber in vielen Fällen können sie sich unsere prekäre Haushaltsgebarung einfach nicht leisten.

Die OSZE stiftet einen außerordentlichen Nutzen. Und wir bemühen uns weiterhin um die Verbesserung der Effizienz unserer Organisation. Wie jeder neue Generalsekretär bin auch ich mit dem Wunsch angetreten, die Organisation zu verbessern – unter anderem durch eine rigorosere Evaluierungspolitik und durch die funktionale Überprüfung, mit der wir jetzt im Sekretariat begonnen haben.

Aber keine Verbesserung der Arbeitsmethoden, keine Effizienzmaßnahme kann die Engpässe auffangen, mit denen wir jetzt zurande kommen müssen.

Diese Organisation hat ein Mandat zu erfüllen, das umfassender ist als das eines jeden anderen regionalen Sicherheitsgremiums – und das zum Preis von etwa 20 Cent pro Bürger und Jahr. Frau Präsidentin, Sie haben Recht, das ist eine Organisation mit optimalem Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Dieses Jahr war in vielerlei Hinsicht ein schwieriges. Doch als Generalsekretärin bin ich stolz auf die Arbeit, die wir zur Unterstützung unserer Werte und unserer Verpflichtungen geleistet haben. Ich schließe mich dem Aufruf des Vorsitzenden an, an unseren Werten festzuhalten und Akteure des Friedens zu bleiben, wie Sie es formulierten.

Diese Organisation ist und bleibt ein unentbehrlicher Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Neben den Vereinten Nationen sind wir die einzige multilaterale Plattform, in der alle für die europäische und eurasische Sicherheit relevanten Akteure an einem Tisch sitzen. Wir müssen die maßgebliche Arbeit, die wir trotz der herausfordernden Verhältnisse leisten, verteidigen und die Fähigkeit bewahren, unser Potenzial weiter zu entfalten, wenn sich die Lage verbessert.

Wir verfügen über ein einzigartiges Expertenwissen und einzigartige Kontakte – und ich glaube, dass wir es den 1,3 Milliarden Menschen, die unsere Region ihr Zuhause nennen, schuldig sind, diese wichtige Arbeit fortzusetzen.

Herr Minister Rau, ich möchte Ihnen und Herrn Botschafter Hałaciński für Ihre Unterstützung und die enge Zusammenarbeit danken, die wir das ganze Jahr über gepflogen haben.

Herr Minister Osmani, Sie können auch im kommenden Jahr auf unsere volle Unterstützung zählen.

**SCHREIBEN DES VORSITZENDEN
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION AN DEN
MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN VON POLEN
UND VORSITZENDEN DES NEUNUNDZWANZIGSTEN TREFFENS
DES MINISTERRATS DER OSZE**

(Anhang 13 zu MC(29) Journal vom 1. und 2. Dezember 2022)

Als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) beehre ich mich, Sie über die Aktivitäten des Forums im Jahr 2022 zu informieren.

Die FSK-Vorsitze arbeiteten im Jahr 2022 eng zusammen, um bei der Umsetzung des Jahresarbeitsprogramms des Forums für Kontinuität und Effizienz zu sorgen.

Seit dem letzten Ministerratstreffen der OSZE haben mehrere Initiativen der Teilnehmerstaaten zur Verabschiedung von zwei Beschlüssen geführt, die beide die Umsetzung bestehender politisch-militärischer Verpflichtungen unterstützen sollen, und zwar in den Bereichen der Markierung, Registrierung und Bestandsnachweisführung von konventioneller Munition beziehungsweise des Austausches militärischer Information in elektronischem Format.

Dieses Jahr hat die OSZE mit dem ungerechtfertigten und unprovokierten Krieg gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begonnen wurde, eine nie dagewesene Sicherheitslage und geopolitische Spannungen erlebt. Der Krieg gegen die Ukraine wirkte sich nachteilig auf die gesamte Sicherheitsarchitektur in Europa und darüber hinaus aus und setzte die Sicherheit und Zusammenarbeit – das Herzstück der Organisation – aufs Spiel. Der Krieg hat die größte humanitäre Krise in Europa seit Jahrzehnten ausgelöst. In seiner Reaktion auf diese beispiellose Sicherheitslage ging das FSK in enger Abstimmung mit dem Vorsitz des Ständigen Rates und dem OSZE-Sekretariat vor und arbeitete in einem Modus, in dem es kein „business as usual“ geben konnte. Die FSK-Vorsitze betonten stets die Bedeutung der Zusammenarbeit und Einigkeit der Teilnehmerstaaten, förderten unter Rückgriff auf bestehende Instrumente Krisenprävention und -management und hielten den Dialog aufrecht.

Vor diesem Hintergrund und auf Grundlage der Beschlüsse über Termin, Tagesordnung und Modalitäten, die die Teilnehmerstaaten im Oktober und November 2021 unter dem aserbaidischen FSK-Vorsitz verabschiedet hatten, wurde im März 2022 das zweiunddreißigste Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) abgehalten. Dieses von Norwegen und Usbekistan geleitete Treffen bot den Teilnehmerstaaten Gelegenheit, im Lichte gemeinsamer grundlegender Prinzipien und Verpflichtungen die aktuelle und zukünftige Umsetzung vereinbarter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen zu erörtern.

Das FSK leistete seinen Beitrag zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2022, indem es im Rahmen seines Mandats zum Meinungsaustausch beitrug.

Im April 2022 wurde zweimal der Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten nach Kapitel III – Verminderung der Risiken – des Wiener Dokuments 2011 aktiviert, um Sicherheitsbesorgnisse zu erörtern. Im Anschluss an Konsultationen zur Erörterung der Besorgnis auslösenden Fragen wurden

zwei gemeinsame Sondersitzungen des FSK und des Ständigen Rates einberufen, bei denen die Lage bewertet wurde. Die teilnehmenden Delegationen legten den Schwerpunkt auf die Ausarbeitung von Empfehlungen zur Stabilisierung der Lage und zur Einstellung der Besorgnis auslösenden Aktivitäten.

Die trotz der schwierigen Atmosphäre zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten abgehaltenen Sitzungen des Forums und Sicherheitsdialoge unterstreichen die Bedeutung des FSK als Dialogplattform für Sicherheitsfragen, die Anlass zu Besorgnis geben.

Unter Bewahrung der Rolle des FSK als wichtiger Plattform für den Informations- und Meinungs austausch zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten fanden zusätzlich zu dem regelmäßigen Austausch über den Krieg gegen die Ukraine unter dem FSK-Tagesordnungspunkt „Allgemeine Erklärungen“ folgende Sicherheitsdialoge statt: „Einhaltung des humanitären Völkerrechts und Schutz der Zivilbevölkerung“, „Antiminenmaßnahmen mit dem Schwerpunkt UNSCR 2365“, „Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) – die OSZE-Verpflichtungen und die Lehren aus der Vergangenheit“, „Die europäische Sicherheitsarchitektur – die Rolle nichtpaktgebundener Staaten“, „Bekämpfung des Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen“, „Konfliktnachsorge und Friedenskonsolidierung: Lehren aus der Vergangenheit in der OSZE-Region und Blick in die Zukunft“, „Kinder und bewaffnete Konflikte“, „Die vollständige, gleichberechtigte und bedeutsame Beteiligung von Frauen“, „Explosionsgefahren in der OSZE-Region“, „Streitkräfte und Umwelt“, „Neuer Anlauf zur jährlichen Diskussion über den Verhaltenskodex“. Insgesamt hielt das FSK im Jahr 2022 elf Sicherheitsdialoge ab.

Zur Erleichterung der Umsetzung des Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit hielt der belgische Vorsitz einen Sicherheitsdialog zum Thema ab, mit den Schwerpunkten humanitäres Völkerrecht, Frauen und Frieden und Sicherheit sowie private Militär- und Sicherheitsunternehmen. Da kein Konsens erreicht wurde, konnte die elfte Jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit leider nicht stattfinden.

Das Thema des humanitären Völkerrechts wurde in zwei Sicherheitsdialogen und bei einem gemeinsamen Treffen des FSK und des Ständigen Rates erörtert. Einer der Sicherheitsdialoge unter aserbaidzhanischem Vorsitz war speziell dem Schutz von Zivilpersonen gewidmet. Während des belgischen Vorsitzes wurde der Verhaltenskodex unter dem Gesichtspunkt des humanitären Völkerrechts erörtert. Darüber hinaus lag der Schwerpunkt einer gemeinsamen Sitzung des FSK und des Ständigen Rates, ebenfalls unter dem belgischen FSK-Vorsitz, auf dem humanitären Völkerrecht im Sinne einer ganzheitlicheren Betrachtung des Stands der Dinge im OSZE-Raum.

Der belgische FSK-Vorsitz verfolgte einen dimensionenübergreifenden Ansatz, indem er einen der Sicherheitsdialoge dem Thema Kinder in bewaffneten Konflikten widmete, mit Schwerpunkt auf Bemühungen, einen politisch-militärischen Dialog über die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder in Gang zu bringen. Ein zweiter Sicherheitsdialog wurde zum Thema Streitkräfte und Umwelt abgehalten, wobei mit Blick auf einschlägige internationale Rahmen und deren Umsetzung auch Überlegungen dazu angestellt wurden, wie Streitkräfte ihre Umweltbilanz verbessern können.

Unter dem aserbaidischen FSK-Vorsitz wurde ein Sicherheitsdialog über die Bekämpfung des Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen abgehalten, mit Schwerpunkt auf den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft unter Verwendung des OSZE-Konzepts der umfassenden Sicherheit, das sich unter anderem auf den Tätigkeitsbereich des FSK erstreckt.

Was SALW anbelangt, unterstützte und rezipierte das FSK einen Bericht über die Bemühungen im SALW-Bereich auf der achten Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten im Rahmen der Vereinten Nationen, die im Juni 2022 in New York stattfand. Darüber hinaus verabschiedete das FSK einen Beschluss über den aktualisierten Praxisleitfaden für die Markierung, Registrierung und Bestandsnachweisführung von Munition, der die Bemühungen um die Entwicklung allgemeiner strategischer Anleitungen, operativer Leitlinien und von Verfahren zu allen Aspekten der Markierung, Registrierung und Bestandsnachweisführung von Munition stärken soll. Aufgrund der noch nie dagewesenen Sicherheitslage wurde die Arbeit an der Aktualisierung des Praxisleitfadens für SALW und konventionelle Munition kurz darauf eingestellt.

Obwohl es keine Einigung über die Abhaltung des Zweijährlichen Treffens der OSZE zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition gab, hielten der aserbaidische und der belgische FSK-Vorsitz dennoch Sicherheitsdialoge zu diesem Themenfeld ab, die SALW und SCA beziehungsweise Explosionsgefahren im OSZE-Raum gewidmet waren.

Die Arbeit an den Hilfsprojekten der OSZE zu SALW und SCA wurde im Jahr 2022 fortgesetzt. Die OSZE verwaltet derzeit ein Portfolio von 20 Hilfsprojekten im Umfang von mehr als 40 Millionen Euro, die sich mit der Kontrolle von SALW und SCA befassen. Mehrere Projekte sollen die sichere Verwaltung von Lagerbeständen von SALW und SCA durch Infrastruktur, Material, Verbesserung der Ausrüstung in Lagerstätten sowie mithilfe von Laboren zur chemischen Analyse für die Überwachung der Munition sicherstellen. Ein wichtiger Teil des Projekts ist die Unterstützung der Bemühungen um die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW im gesamten OSZE-Raum. Zentralasien wird bei der Ausarbeitung technischer Hilfsprojekte für die Bekämpfung der Bedrohungen und Risiken durch den potenziellen Schmuggel von Afghanistan aus, die die Bekämpfung des Schmuggels von SALW einschließen, umfangreich unterstützt. Dank der vorzüglichen Zusammenarbeit zwischen den um Hilfe ersuchenden und Hilfe leistenden OSZE-Teilnehmerstaaten wurden vor Kurzem die Reste der Mélangé (Raketentreibstoffkomponente) aus Kirgisistan und damit ein großes Risiko für die Sicherheit von Mensch und Umwelt beseitigt. Dieses Jahr wurde das SALW-Portal eingerichtet, ein neues IT-Instrument, das einen besseren Überblick und eine größere Transparenz in Bezug auf das Portfolio der praktischen Hilfsprojekte der OSZE betreffend SALW und SCA ermöglicht und eingehendere Informationen über den Fortschritt der Projekte zur Verfügung stellt.

Ein weiteres Thema, das im Laufe des Jahres bearbeitet wurde, waren die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die OSZE hat die umfassende Überprüfung des Standes der Durchführung von UNSCR 1540 durch einen Beitrag unterstützt – zunächst schriftlich im Jahr 2021 und danach mit einer im Juni 2022 bei den Vereinten Nationen in New York abgegebenen Erklärung.

Der belgische FSK-Vorsitz widmete dem Thema der Gleichstellung der Geschlechter einen Sicherheitsdialog, der sich damit befasste, was volle, gleichberechtigte und bedeutsame Beteiligung von Frauen im Bereich der politisch-militärischen Sicherheit heißt. Das ganze Jahr hindurch unterstützten alle FSK-Vorsitze das Ausbildungsprogramm 2022 im Rahmen des Stipendiums für Frieden und Sicherheit der OSZE und des Büros der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA), das Nachwuchskräfte, insbesondere Frauen, zur bedeutenden Teilhabe an politischen, Planungs- und Umsetzungsprozessen im Bereich Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung im OSZE-Raum ermächtigt.

Unter aserbaidzhanischem Vorsitz wurde ein Sicherheitsdialog zum Thema „Konfliktnachsorge und Friedenskonsolidierung: Lehren aus der Vergangenheit in der OSZE-Region und Blick in die Zukunft“ abgehalten. Er sollte sich mit der Konfliktnachsorge als Teil des Konfliktzyklus-Instrumentariums der Organisation befassen und ihr neue Impulse verleihen, aber auch Wege für ihre weitere Operationalisierung und Verbesserung ausloten.

Die FSK-Vorsitze befassten sich in enger Zusammenarbeit mit dem polnischen OSZE-Vorsitz und dem Ständigen Rat mit für beide Gremien relevanten dimensionenübergreifenden Fragen, ganz im Sinne des OSZE-Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit. Zu diesem Zweck wurde während des belgischen FSK-Vorsitzes eine gemeinsame Sitzung des FSK und des Ständigen Rates zum Thema des humanitären Völkerrechts abgehalten.

Der Austausch militärischer Information wurde 2022 mit hoher Intensität fortgesetzt. Darüber hinaus wurde ein FSK-Beschluss über den elektronischen Austausch militärischer Information verabschiedet. Bei der Entwicklung des OSZE-Informationsmanagement- und Berichterstattungssystem (iMARS) wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht, indem allen Teilnehmerstaaten bis Jahresende Zugriff darauf verschafft wird.

Im Jahr 2022 nahmen an den FSK-bezogenen Treffen (Plenarsitzungen des FSK und AIAM) durchschnittlich 27 Prozent Frauen und 73 Prozent Männer teil.

Zusammenfassend diente das FSK im vergangenen Jahr weiterhin als wichtige Plattform für den Dialog und die Beschlussfassung in der ersten Dimension und bot den Teilnehmerstaaten ein Forum, um politisch-militärische Fragen der Sicherheit zu erörtern und Sicherheitsbesorgnisse anzusprechen. Trotz des schwierigen Klimas, der beispiellosen Sicherheitslage und der geopolitischen Spannungen hat sich das FSK unter Bewahrung seiner Rolle als wichtige Diskussionsplattform weiterhin bewährt.